

# Correspondenzblatt

## der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit**,  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal M. 1,50.

### Inhalt:

	Seite		Seite
Konferenz der auf Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen	225	gegen die deutschen Gewerkschaften in Frankreich	229
Zweiter internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1904	226	Kongresse. Verbandstag der Steinarbeiter Deutschlands	233
Wirtschaftliche Rundschau	228	Lohnbewegungen. Streiks und Aussperrungen, Lohn- und Tarifbewegungen in Deutschland. Vom Ausland	236
Soziales. Wirkungen der Berliner Heimarbeit-Ausstellung auf das Ausland	229	Arbeiterversicherung. Unfälle auf dem Wege von und zur Betriebsstätte. — Rentenfözung um 5 Proz.	237
Arbeiterbewegung. Eine Erklärung des Vorstandes der Gemeindebetriebsarbeiter in Sachen der Grenzstreitigkeiten. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Kost- und Logiszwang. — Dr. Michels		Mitteilungen. An die Gewerkschaften und Gewerkschaftskartelle. — Unterstützungsvereinigung	238
		Literarisches	239
		Zweiter internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung vom Jahre 1904	240

## An die auf den Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die seit dem Jahre 1890 wiederholt unternommenen Versuche, die auf den Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in größerer Zahl einheitlich zu organisieren, sind bisher ohne nennenswerten Erfolg geblieben. Infolgedessen sind auch die Arbeitsverhältnisse dieser Arbeiterschaft nach wie vor die denkbar ungünstigsten und eine Aenderung ist unbedingt im Interesse der Arbeiter wie im Interesse weiterer Volkskreise dringend geboten.

Destwegen soll erneut der Versuch gemacht werden, diese Arbeiter und Arbeiterinnen für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen und beruft für diesen Zweck die unterzeichnete Kommission eine

### ==== Konferenz ====

## der auf Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

für Sonntag, den 3. und Montag, den 4. Juni 1906 nach Magdeburg ein.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen:

1. Die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Ziegeleien.
2. Die Verbesserung der Lage der Ziegeleiarbeiter durch gewerkschaftliche Organisation und durch gesetzliche Maßnahmen.
3. Die Organisation der Ziegler.

Zutritt zur Konferenz haben alle auf Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich durch ein Mandat ihrer Kollegen und Kolleginnen als zur Konferenz delegiert ausweisen können.

Es soll aus jedem Orte, in welchem Ziegeleien vorhanden sind, nur eine Person zu der Konferenz entsandt werden. Ueber Zulassung einer größeren Zahl Delegierter aus einem Orte entscheidet die Konferenz.

Die Delegierten können entweder in Versammlungen von Ziegeleiarbeitern, oder wo solche nicht einberufen werden können, durch Sammlung von Unterschriften gewählt werden.

An die Gewerkschaftskartelle, in deren Bezirk Ziegeleien liegen, richten wir das Ersuchen, die Ziegeleiarbeiter auf das Stattfinden der Konferenz aufmerksam zu machen und zur Wahl von Delegierten Anregung zu geben.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15.

Arbeiterinnen nach der Niederlausitz fernzuhalten! Alle Gewerkschafts- und Parteiblätter werden um Abdruck gebeten.

Die SchLOSSer in Berlin haben beschlossen, die Arbeit sofort einzustellen, falls die Forderungen bis zum 5. April nicht bewilligt werden.

Die Metallarbeiter in Dresden werden ausgesperrt. Die Mühlenbaugesellschaft, Gebr. Seck in Schmiedeberg, haben bereits am Mittwoch 700 Mann ausgesperrt, bei einer zweiten Firma mit 600 Beschäftigten sollte am Abend desselben Tages die Aussperrung erfolgen. Die Metallindustriellen haben einen Revers beschlossen, wonach die Arbeiter ihren Austritt aus dem Verbandsbescheinigen sollen!

In Hannover ist die Aussperrung der Metallarbeiter perfekt geworden.

### Tarif- und Lohnbewegungen.

Die Lederarbeiter haben in Magdeburg Forderungen gestellt, die u. a. auf 9½stündige Arbeitszeit und 74 Pf. Stundenlohn lauten. In Burg bei Magdeburg sind ähnliche Forderungen gestellt worden.

Die Lithographen in Chemnitz, Hamburg, Hannover, Heidelberg und Magdeburg haben sich der allgemeinen Tarif- bzw. Lohnbewegung der Lithographen angeschlossen. — Die Unternehmer haben einen Steindruckereibesitzerkongress in Berlin einberufen, um Stellung zu der Bewegung zu nehmen. Stattfinden sollte der Kongress bereits am 31. März.

Unter den Textilarbeitern ist zurzeit eine lebhaftere Bewegung. In der Kammgarnspinnerei in Eisenach ist die Lohnbewegung mit Erfolg beendet. Tariflich festgelegt wurde neben den zu zahlenden Löhnen eine wöchentlich 62stündige Arbeitszeit. Tarifdauer bis 1. April 1907. Falls die Gesellschaft bis dahin die 10stündige Arbeitszeit durchführt, wird der Tarif in allen Teilen auf ein Jahr verlängert.

### Kartelle und Sekretariate.

#### Arbeitersekretär für Augsburg gesucht.

Der Gewerkschaftsverein Augsburg eröffnet am 1. Juli cr. ein Arbeitersekretariat. Zu diesem suchen wir einen womöglich schon in gleicher Stellung gewesenen Genossen. Anfangsgehalt 2000 Mk. pro Jahr. Zwecks Erledigung der Vorarbeiten wird der Eintritt des Sekretärs ab 1. Juni gewünscht. Wir eruchen den Bewerber, Offerte, belegt mit einer Arbeit über die Funktionen des Arbeitersekretariates, an den Vorsitzenden Genossen Karl Rejstal, Augsburg, Straße 28 Nr 2, zu richten.

### Audere Organisationen.

#### „Gelbe“ Gewerkschaften in der Schweiz.

Die schweizerischen Kapitalisten werden immer aufgeregter und nervöser über die zunehmende Erstarkung der Gewerkschaften, und manche von ihnen zerbrechen sich wohl den morschen Kopf Tag und Nacht darüber, wie dem „Unheil“ gesteuert werden könne. Züricher Kapitalisten haben sich nun einen Ableger der „Gelben“ aus Frankreich verschrieben. Sie geben eine „gelbe“ Arbeiterzeitung heraus, die das „Organ der freien (nichtsozialdemokratischen) Arbeiterschaft in Stadt und Land“ sein will und die sich das Bruderorgan des „Jaure“, Centralorgan der gelben Arbeiterpartei Frankreichs nennt. Heitere „Brüder“ das! Als Redakteur zeichnet ein in den

weitesten Kreisen unbekannter Junker R. v. Beldegg, ein Junkerjunge des Freiherrn v. Reisz, des Oberschneiders der „D. Arbeitgeber-Zeitung“. Der Beruf des Landsknechts blüht weiter in modernisierter Form. Den schweizerischen Arbeitern macht das gelbe Blatt das verunglückte Kompliment, daß sie von Natur aus „Gelbe“ sind.

Leider gibt es unter den schweizerischen Arbeitern wirklich „Gelbe“, rückständige nationalistische Elemente, die aus lauter Chauvinismus die Solidarität und gemeinsame Organisation mit ihren ausländischen Kollegen ablehnen und Gewerkschaftsspielerei treiben. Eine solche gelbe Organisation besteht auch für die Zimmerleute in Zürich, und diese haben jetzt hinter dem Rücken ihrer in einer Lohnbewegung stehenden Verbandskollegen mit den Unternehmern eine Vereinbarung auf der Grundlage des Zehnstundentages getroffen, während die Verbandskollegen den Neunstundentag fordern. Hoffentlich wird auch diese „gelbe Gefahr“ bald überwunden.

Die schweizerischen Maschinenindustriellen haben jüngst zu ihrem seit Jahren bestehenden Verein noch einen Verband gegründet und als „Genossenschaft“ ins Handelsregister eintragen lassen, der sich ausschließlich mit den Lohn- und Streikbewegungen der Metallarbeiter beschäftigen soll. Wegen „Streikversuch“ und Streik werden die Arbeiter mit zweijähriger Proskription durch schwarze Listen bedroht. Da die schweizerischen Scharfmacher mit den geistesverwandten deutschen Terroristen in lebhafter Gegenseitigkeit stehen, bedeutet der Beschluß auch den Ausschluß der geächteten schweizerischen Metallarbeiter vom deutschen Arbeitsmarkt. Ueber diesen empörenden, gewalttätigen kapitalistischen Terrorismus hält sich kein einziges der sonst so empfindsamen bürgerlichen Gemüter auf; ruhig wird zugehört, wie von einem entarteten Unternehmertum den Arbeitern in der demokratischen Republik das Koalitions- und Streikrecht frech eskamotiert wird und wie die Söhne des Landes von den kapitalistischen Pächtern des Patriotismus und der Vaterlandsliebe expatriert werden. Die beste Antwort auf diese kapitalistische Gewaltpolitik würde der Anschluß des letzten Metallarbeiters an den Verband sein, durch den allein die Geldsackterroristen überwunden werden können. D. J.

### Mitteilungen.

#### Quittung

über die im Monat März bei der Generalkommission eingegangenen Quartalsbeiträge:

Verb. d. Mühlenarb. für das Jahr 1905	488,32 Mk.
„ „ Lagerhalter „	198,— „
„ „ Holzarbeiter f. d. 2. u. 3. Qu. 05	8320,— „
„ „ Handels- und	
Transportarb. für das 3. „ „	1478,— „
„ „ Steinseger für das 3. u. 4. „ „	594,16 „
„ „ Bureauangest. f. d. 3. „ 4. „ „	41,50 „
„ „ Gutmacher für das 3. „ 4. „ „	384,10 „
„ „ Graveure „ „ 4. „ „	90,84 „
„ „ Bauarbeiter „ „ 4. „ „	2217,88 „
„ „ Brauereiarb. für das 4. „ „	783,56 „
„ „ Gemeinde-	
betriebsarbeit. „ „ 4. „ „	674,40 „
„ „ Zimmerer „ „ 4. „ „	1209,44 „
„ „ Steinarbeiter „ „ 4. „ „	415,52 „

Für Streiks und Aussperrungen gingen ein:

Gewerkschaftskartell Dielefeld 30,16 Mk.

Berlin, den 4. April 1906. Herm. Rube.



## Der zweite Internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1904.

### I.

Der in diesen Tagen in deutscher, englischer und französischer Sprache zur Ausgabe gelangte zweite internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung vom Jahre 1904\*) legt von neuem Zeugnis ab von der fortschreitenden Entwicklung der internationalen Organisation der Gewerkschaften und ihrem dauernden Zusammenwirken auf dem Gebiete der Statistik und der gegenseitigen Information über die gesetzlichen Voraussetzungen, Arbeitsbedingungen und sozialen Verhältnisse in den einzelnen Ländern. Während sich an der Berichterstattung für das Jahr 1903 12 Nationen beteiligten, umfaßt der diesmalige Bericht 16 Länder, wovon allerdings drei europäische (Italien, Niederlande und Spanien) nur unzulänglich berichteten, während die Angaben der drei australischen Staaten Neusüdwales, Queensland und Viktoria, die dem internationalen Sekretariat noch nicht angeschlossen waren, keine offiziellen Berichte sind. Ihr Wert wird indes durch letzteren Umstand nicht beeinflusst. Auch dürfte der Anschluß der Arbeitergruppen der gesamten australischen Staaten in Bälde bevorstehen und damit das Band zwischen der europäischen Gewerkschaftsbewegung und derjenigen der so hoch entwickelten südozeanischen Inselwelt für alle Zeiten hergestellt sein. Bedeutsamer noch ist es, daß die seit Jahren bestehenden Schwierigkeiten der Verständigung mit den Gewerkschaften der großen nordamerikanischen Union nun endlich überwunden zu sein scheinen. Wie ein in dem Bericht veröffentlichtes Schreiben des Vorsitzenden des nordamerikanischen Arbeiterbundes (American Federation of Labor) erkennen läßt, besteht bei der Leitung des letzteren die lebhafteste Neigung, sich dem internationalen Zusammenwirken der Gewerkschaften aller Länder anzuschließen, um dadurch die besten brüderlichen Beziehungen der organisierten Arbeiter der ganzen zivilisierten Welt herbeizuführen. Die noch vorhandenen Schwierigkeiten, sich an den internationalen Konferenzen der gewerkschaftlichen Landeszentralen zu beteiligen, waren lediglich noch formaler Natur und sind durch die Beschlüsse der vorjährigen Amsterdamer Konferenz beseitigt worden, so daß zu erwarten steht, daß bis zur nächstjährigen internationalen Konferenz in Christiania auch die American Federation of Labor, heute die größte aller Gewerkschaftsgruppen, ihren Beitritt zum Internationalen Sekretariat erklärt. Einen praktischen Erfolg hat diese Annäherung bereits zeitigt in dem Bestreben der nordamerikanischen Bundesleitung, mit den deutschen Gewerkschaften geregelte Uebertrittsbedingungen für die aus Deutschland nach Nordamerika kommenden Gewerkschaftsmitglieder zu vereinbaren. Wer sich der oft mehr abschreckend wirkenden Eintrittsverpflichtungen einzelner nordamerikanischer Gewerkschaften erinnert, der kann jeden Schritt der nordamerikanischen Gewerkschaftszentrale nach dieser Richtung hin nur mit lebhafter Genugtuung begrüßen.

Der allgemeine Bericht des internationalen Sekretärs spricht ferner die Hoffnung aus, daß bald

\*) Zweiter internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1904. Herausgegeben von dem internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen. Berlin 1906. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (C. Legien).

auch Rußland, dessen Proletariat sich gegenwärtig in heldenmütigem Befreiungskampfe die notwendige Bewegungsfreiheit zu erringen sucht, in die Reihen der Staaten mit moderner Gewerkschaftsbewegung einrücken und sich der internationalen Vereinigung angliedern werde. Ueber die Fortschritte der russischen Gewerkschaftsorganisation werden wir unsere Leser dauernd aus bester Quelle informieren. Sollte sich diese Hoffnung bald verwirklichen, dann stehen von den europäischen Ländern außer Finnland nur noch Portugal und Griechenland fern, wo die Gewerkschaftsorganisation kaum über die Kreise der Hafen- und Schiffsverkehrsberufe hinausgekommen ist, sowie von den überseeischen Industrieländern Kanada und Südafrika, mit deren Gewerkschaftszentren wir ebenfalls bald in dauernde Verbindung zu gelangen hoffen.

Leider haben sich von den europäischen Nationen Belgien und Frankreich diesmal an der Berichterstattung nicht beteiligt, aus welchem Grunde, ist nicht erkennlich. Von den im zweiten Bericht vertretenen Ländern berichtet England über seine jüngste Arbeitslosengesetzgebung, Dänemark über die gewerkschaftliche Entwicklung, Streiks und Aussperrungen, über das Versammlungs- und Vereinigungsrecht, sowie über die sozialpolitische Gesetzgebung, Schweden und Norwegen über die Arbeiterbewegung im allgemeinen. Deutschland bringt Auszüge aus seinen Statistiken über die gewerkschaftlichen Organisationen, Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate, Streiks und Aussperrungen und Lohnbewegungen, sowie einen Bericht über die Arbeitergesetzgebung des verflossenen Jahres. Oesterreich berichtet über die Stärke und Leistungsfähigkeit seiner Gewerkschaften sowie über die Sozialpolitik, Ungarn über die großen Klassenkämpfe der dortigen Arbeiterschaft sowie über die Gewerkschaftsorganisation, Serbien über seine Gewerkschaftsentwicklung und Arbeitergesetzgebung, Bulgarien über die Organisationen und Tendenzen der Gewerkschaftsbewegung, Gewerkschaftskongresse und die soziale Gesetzgebung. Von der Schweiz liegt ein historischer Rückblick über die dortige Arbeiterbewegung und Arbeiterschutzgesetzgebung vor. Italien berichtet über seine Berufsverbände, Arbeitskammern und Arbeitsgesetze und Spanien endlich beschränkt seinen Bericht auf den ziffernmäßigen Nachweis der Verbreitung seiner Gewerkschaften.

An diese allgemeine Berichterstattung schließen sich eine Reihe spezieller Berichte über die Arbeitsvermittlung in Schweden, Norwegen, Deutschland, Ungarn und Bulgarien an. Den Schluß des Bandes bildet der Adressenteil, enthaltend die Adressen der Landeszentralen, sowie der Gewerkschaften von England, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und der Schweiz. Endlich sind dem Bande noch einige Uebersichtstabellen über die Stärke, Beiträge, Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften der Niederlande, Ungarns und der Schweiz beigegeben, die im vorjährigen Berichtsbande fehlten.

Außerdem enthält der Bericht die Wiedergabe des Protokolls der Vierten internationalen Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen, die am 23. und 24. Juni 1906 in Amsterdam abgehalten wurde.

Ueberblicken wir nun die gewerkschaftliche Entwicklung seit Jahresfrist, so zeigt sich in England und Serbien ein Rückgang, in den übrigen Ländern eine Zunahme der Mitgliederzahl. Der Rückgang

in England beträgt 33 190, in Serbien 568 Mitglieder. Den größten Fortschritt der Mitgliederbewegung weist Deutschland mit einem Mehr von 189 794 Mitgliedern auf, während die Zunahme in Oesterreich 28 059, in Schweden 25 000, in Ungarn 12 131, in Dänemark 3462 und in Norwegen 231 Mitglieder beträgt. Den weitaus größten Teil dieses Zuwachses absorbieren die den Landescentralen angeschlossenen Gewerkschaften, wie dieselben auch in England und Serbien von dem Rückgange verschont geblieben sind. Sie erweisen sich mehr und mehr als der lebens- und entwicklungsfähigste Teil, als der eigentliche Stamm der Gewerkschaftsbewegung, und zwar selbst in den Ländern, in denen sie den übrigen Gewerkschaften gegenüber in der Minderheit sind. Ueber die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern gibt folgende Uebersicht das Nähere:

Land	Zahl der Gewerkschaftsmitglieder		Der Landeszentrale gehören an:				
	insgesamt	davon weibliche	Zentralverbände		Lokale Vereine		Zusammen
			Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder	
England	1889590	?	100	469590	—	—	469590
Niederland	37221	2680	14	5521	26	1150	6671
Dänemark	89788	?	47	68930	14	573	67503
Schweden	104999	7012	30	81680	1	56	81736
Norwegen	16227	?	10	1598	11	445	9043
Deutschland	1466625	?	63	1052108	—	—	1052108
Oesterreich	205651	14415	45	189121	446	16530	205651
Ungarn	53169	2099	17	47657	27	5512	53169
Serbien	2932	55	21	2932	—	—	2932
Bulgarien	1672	27	—	—	38	1672	1672
Schweiz	41862	?	22	26784	—	—	26784
Italien	260102	?	20	175102	?	85000	260102
Spanien	56900	?	9	23933	184	32967	56900
	4226738	—	398	2149956	747	143905	2293861

In dieser Tabelle fehlen die Ziffern für die drei australischen Staaten, deren Berichte derartige Angaben nicht enthalten, sowie von Frankreich und Belgien, die keine Berichte absandten. In Belgien umfaßt die Landeszentrale etwa 20 000 Mitglieder, für Frankreich gibt die amtliche Statistik 715 576 organisierte Arbeiter an, eine Ziffer, die von Kennern der französischen Syndikate für weit überschätzt gilt. Ihre Zuverlässigkeit vorausgesetzt, würden ungefähr 4 962 314 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in den 15 dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Ländern in Betracht kommen, wovon etwa 2 1/2 Millionen den gewerkschaftlichen Landescentralen angeschlossen sind.

Ueber die Einnahmen und Ausgaben berichten 11 Landesgruppen, ausschließlich Italien und Spanien, für 487 Organisationen und 1 998 742 Mitgliedern, die insgesamt über eine Jahreseinnahme von 48 728 247 Mk. und einen Kassenbestand von 71 937 761 Mk. verfügen, wovon zwei Drittel, nämlich 48 451 530 Mk. auf die englischen und zwei Neuntel auf die deutschen Gewerkschaften entfallen. Die gesamten Jahresausgaben belaufen sich auf 45 703 219 Mk., wovon England zur knappen Hälfte partizipiert. Von diesen Ausgaben entfallen 8 103 678 Mk. auf solche für Streiks, davon zirka 70 Proz. auf die deutschen Gewerkschaften. Leider hat die französische Gewerkschaftszentrale in ihrer Abneigung gegen „Zahlen“ es versäumt, das ihrige zu dieser Uebersicht beizutragen, so daß ein Vergleich zwischen den Kampfleistungen der deutschen und der französischen Gewerkschaften nicht möglich ist. Jedenfalls aber beweist der hohe Anteil der organi-

sierten Arbeiter Deutschlands an diesen Kampfesopfern, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung den Vergleich mit anderen Arbeiterationen auf diesem Gebiete nicht zu scheuen braucht.

Die folgende kleine Uebersicht ergibt die Verteilung der Einnahmen, Ausgaben und Kassenbestände der berichtenden Landesgewerkschaftsgruppen:

Land	Zahl der Mitglieder	Jahres-	Jahres-	Kassen-	Ausgabe
		einnahme	ausgabe	bestand	für Streiks
		Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
England	469590	20757408	22159377	48451530	752898
Niederland	6682	25545	37322	2430	14129
Dänemark	89643	1702116	782496	1884042	312084
Schweden	81736	1884509	1187347	697162	752369
Norwegen	16227	376979	296916	333737	97016
Deutschland	1052108	20190724	17738753	16109903	5869519
Oesterreich	189121	2884025	2535337	3754026	265019
Ungarn	53169	413797	600543	56699	—
Serbien	2932	19272	7704	15408	872
Bulgarien	1672	18264	13760	10088	4768
Schweiz	41862	460608	325464	622736	35204
Summa	1998742	48728247	45703219	71937761	8103678

Diese Uebersicht erstreckt sich nicht streng auf die den Landescentralen angeschlossenen Gewerkschaften, sondern umfaßt, wie ein Vergleich mit der vorhergehenden Tabelle ergibt, bei einzelnen Staaten auch andere, nicht angeschlossene Verbände, die der seitens der Landeszentrale vertretenen Richtung jedenfalls nahestehen.

Die Verteilung der Ausgaben über die wichtigsten Unterstützungszweige sowie für die Fachpresse und Verwaltung sind aus folgendem zu ersehen:

Land	Ausgaben für					
	Sachorgan	Reiseunterstützung	Arbeitslosenunterstützung	Krankenunterstützung	Unfallunterstützung	Verwaltung
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
England	2080	858758	7274293	2907306	873976	2825257
Niederland	4271	1918	315	176	—	1706
Dänemark	36369	—	430173	98703	14391	243405
Schweden	20756	81849	17200	5380	—	133445
Norwegen	11656	758	54414	26301	1181	42902
Deutschland	1097257	646821	1599424	1416935	213626	2092218
Oesterreich	358731	81422	556775	443772	117390	995446
Ungarn	50164	31736	105355	79417	40010	164994
Serbien	—	420	416	412	792	1788
Bulgarien	1684	—	3456	—	—	4592
Schweiz	36668	9244	18300	79244	36328	33188
Summa	1619636	1712926	10060121	5057646	1297694	6538941

Ein Vergleich der Arbeitslosigkeitsausgaben mit den Angaben der Statistik für 1903 ergibt, daß dieselben sich für England ganz enorm, fast auf den doppelten Betrag erhöht haben. In 1903 verausgabten die englischen Organisationen 4,67 Millionen Mark für Reise- und Arbeitslosenunterstützung, diesmal verzeichnen sie 8 13 Millionen Mark Ausgaben für diese Zwecke. Auch ihr Budget für Krankenunterstützung ist um mehr als 1 Million Mark gewachsen. Dagegen halten die Ausgaben der englischen Gewerkschaften für ihre Fachpresse nicht entfernt den gleichen Schritt mit ihren Unterstützungsleistungen sowie mit dem Presseaufwand der übrigen Gewerkschaftsnationen, unter denen die österreichische und deutsche Presse einen verhältnismäßig hohen Stand einnimmt. Auch die Streikausgaben treten in England erheblich zurück. Es würde aber zu völlig falschen Schlüssen führen, wollte man daraus die Kampfesfähigkeit der englischen Gewerk-



beiden ersten Monaten auf 801 000 Doppelzentner Instrumente und Maschinen gegen 540 000 Doppelzentner im Vorjahre. Alle Sorten von Maschinen zeigen ein ähnliches Bild, am günstigsten die landwirtschaftlichen, elektrischen, Werkzeugmaschinen und Maschinen zur Bearbeitung von Wolle. Ein starker Abnehmer war hier Rußland, das auch viel kupferne Waren, vielfach für elektrotechnische Zwecke, mehr bezog, dazu viel Blei-, Zink- und Zinnwaren. Ferner finden wir wesentlich höhere Ausfuhrziffern bei den Textilindustrien, bei den Tonwaren, bei Papier- und Pappwaren, bei Kurzwaren und Quincaillerien, bei Leder und Ledertwaren, vor allem auch beim Zucker, für den übrigens am wenigsten Zolländerungen ins Gewicht fielen.

Prophezeien ist ein undankbares Gewerbe. Im großen und ganzen wird man jedoch ruhig dahin urteilen können: Die, aus den Auslandszöllen resultierende deutsche Ausfuhrvermehrung war nicht derart abnorm, daß ein heftiger Rückschlag von geradezu lähmender Gewalt erwartet werden müßte. Vielfach haben Industrien, um rasch noch die Produktion für den Export vor Torschuß zu forcieren, Inlandsaufträge zurückgestellt, und schon in deren Erledigung vermögen sie einen gewissen Ausgleich zu finden, bis die im Auslande plötzlich und vorübergehend überreichlich angehäuften Vorräte wieder auf die normale Höhe zusammengeschnitten sind, bis also der normale Auslandsbegehrt wieder einsetzt.

Die Klagen der Industriellen und sonstigen Unternehmer über ihre seit dem 1. März maßlos erschwerte Konkurrenzfähigkeit sollten daher die Arbeiter bei ihren Lohnbewegungen nicht besonders ernst nehmen — ganz abgesehen davon, daß die Arbeiter für jene, jetzt so heuchlerisch betonten Schwierigkeiten nicht mitverantwortlich und mitschuldig sind, und daß deshalb gar kein Anlaß vorliegt, die Arbeiter die Kosten eines solchen Prozesses ganz oder selbst nur teilweise tragen zu lassen.

Diese Auffassung wird dadurch bestätigt, daß die Unternehmer, wenn sie unter sich sind, meist recht hoffnungsvoll sich aussprechen und daß sie nur den Arbeitern gegenüber Trübsal blasen. In den Jahresberichten, auf den Generalversammlungen erklingt fast überall noch immer ein sehr zuversichtlicher Ton, und die Gewerkschaften haben vorläufig nicht den geringsten Anlaß, schon mit einer niedergehenden allgemeineren Konjunktur zu rechnen. Zur reinen Defensiv, zur bloßen Abwehr von Schädigungen, wie beim Beginn und bei der Ausbreitung einer Krise, sind wir heute noch lange nicht genötigt — so wenig wie das industrielle und kommerzielle Kapital im Ernste schon mit schmaleren Profitten rechnet.

Berlin, 8. April 1906. Mag Schippel.

## Soziales.

### Die Wirkungen der Berliner Heimarbeit-Ausstellung auf das Ausland.

Die Ausstellung von Erzeugnissen der deutschen Heimindustrie, die in den Monaten Januar-Februar d. J. in Berlin stattfand, hat auch im Auslande eine große Aufmerksamkeit gefunden, welches an sich nur zu erklärlich ist. Betreiben doch einzelne Industriezweige, die auf der Heimarbeit-Ausstellung „vertreten“ waren, einen großen Export ins Ausland. So die Konfektion, die Spielwarenindustrie usw.,

deren Geschäftsgeheimnisse nun mit einem Schlage dem Auslande offenbart wurden.

Aber auch nach einer anderen Richtung hin hat diese bemerkenswerte Ausstellung des Glanzes gewirkt: die sozial fühlenden Kreise des Auslandes beginnen, sich in ihrer engeren Heimat umzusehen. Bereits ging durch die Tagespresse die Nachricht, daß in England eine ähnliche Ausstellung beabsichtigt wird.

Heute geht uns nun aus Schweden die Mitteilung zu, daß zuständige Kreise die Veranstaltung einer schwedischen Heimarbeit-Ausstellung planen und zu diesem Zwecke einen Vertreter nach Berlin zu entsenden gedenken, der die mit der Berliner Ausstellung zusammenhängenden Verhältnisse an Ort und Stelle studieren soll, um auf Grund der hier gewonnenen Kenntnisse den Versuch zu machen, in die Schlupfwinkel des Glanzes der schwedischen Hausindustrie hineinzuleuchten.

So wird also der in Deutschland gemachte Versuch, die ungeheuerlichen Zustände der Heimindustrie an die Öffentlichkeit zu ziehen, der Ausgangspunkt zu einer Aktion internationalen Stils gegen die Heimindustrie. Mit diesem erweiterten Resultat ihrer Bemühungen werden die Veranstalter der Berliner Ausstellung, in erster Linie die deutschen Gewerkschaften, zufrieden sein.

## Arbeiterbewegung.

### Eine Erklärung des Vorstandes der Gemeindearbeiter in Sachen der Grenzstreitigkeiten.

Die Nummer 13 der „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeindebetriebsarbeiter, bringt anlässlich des im „Corr.-Bl.“ erschienenen Berichts über die letzte Konferenz der Verbandsvorstände folgende „Erklärung des Verbandsvorstandes in Sachen der Grenzstreitigkeiten“:

„Das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ bringt in Nr. 10 d. J. den Bericht der Konferenz der Verbandsvorstände. Gleichzeitig mit ihm bringen auch die anderen Gewerkschaftsblätter und so auch die „Gewerkschaft“ diesen Bericht.

In demselben ist nun auf Seite 157 des „Corr.-Bl.“ unter der Spitzmarke: „Abgrenzung des Agitationsgebietes der Gemeindebetriebsarbeiter“ gesagt, daß der Vertreter unseres Verbandes — es war dies der Kollege Alb. Mohs — erklärt habe: „Er wolle alles aufbieten, um den Konferenzbeschlüssen Geltung zu verschaffen.“

Es hat sich infolgedessen die Vorstandssitzung vom 17. März dieses Jahres mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Hier bemerkte nun der Kollege Mohs, daß er diese Äußerung nicht getan habe. Er habe vielmehr gesagt, daß der Verbandsvorstand versuchen wolle, die Frage der Grenzstreitigkeiten in der loyalsten Weise zu erledigen vor dem Verbandstage könne aber auf diesem Gebiete nichts geschehen. Dies sei schon nicht möglich, weil vor dem Verbandstage keine Zeit sei und der Verbandstag doch auch hierzu Stellung nehmen müsse. Die in Frage kommenden Vertreter der Verbandsvorstände seien hiermit einverstanden gewesen.

Aus dieser vom Kollegen Mohs gegebenen Erklärung kann ja eventuell der Schluß gezogen werden, als solle den Konferenzbeschlüssen im weitesten Maße Geltung verschafft werden. Dies ist aber einfach unmöglich, weil wir sonst auch die Aufteilung dieser Mitglieder in eine Reihe anderer Organisationen in Erwägung ziehen müßten. Unser

schaften etwa geringer anschlagen. In Anbetracht der in England in weit ausgedehnterem Maße als bei uns eingeführten Tarifverträge und des bedeutenden Einflusses der Unions treten Arbeitskämpfe dort seltener zutage; wenn sie aber auftreten, dann nehmen sie auch zugleich einen ganz außergewöhnlichen Umfang an. So sind die Streikausgaben in England von 1903 auf 1904 um 215 000 Mk. zurückgegangen, um in anderen Jahren, vielleicht durch einen einzigen Kampf im Bergbau, in der Maschinen- oder Textilindustrie um Millionen von Mark in die Höhe zu schnellen.

Hoffentlich ist der nächstjährige Bericht in der Lage, ein lückenloses Bild der Gewerkschaftsentwicklung aller Länder zu geben, der zugleich eingehendere Vergleiche zwischen dem Umfange und den Leistungen der einzelnen Landesgruppen ermöglicht.

In einem weiteren Artikel kommen wir auf die sehr instruktiven Einzelberichte der verschiedenen Landeszentralen zurück.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Die deutsche Einfuhr und Ausfuhr im Beginn der neuen Zollperiode. — Schlussfolgerungen für die Gewerkschaften.

Die amtliche Statistik läßt nunmehr in greifbaren Ziffern hervortreten, welche Warenmengen man vor dem 1. März noch rasch nach Deutschland einfuhrte, um nur die alten niedrigeren deutschen Zölle bezahlen zu brauchen — und welche Warenmengen man andererseits noch rasch aus Deutschland hinausbrachte, um im Ausland die gleichfalls nach dem 1. März recht umfassend sich erhöhenden Auslandszölle zu umgehen. Besonders der Februar, die letzte Periode vor Torfschluß, zeigt daher ganz abnorme Höhen in den Import- und Exportzahlen; und der vorangegangene Januar stand gleichfalls, obwohl schwächer, unter dem Einfluß dieser unruhigen Uebergangskonjunktur.

Die deutschen Zollgefälle haben unter diesem Warenandrang im Februar des laufenden Jahres 68,5 Millionen Mark (in der Anschreibung) betragen, gegen nur 36,4 Millionen Mark im Februar 1905 — das sind also 32,1 Millionen Mark, weit über 70% mehr, fast das Doppelte, wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Nicht ganz so sprunghaft war natürlich die Vermehrung der Gesamteinfuhr, da ein Anlaß zu außerordentlicher Eile nur bei den zollpflichtigen Artikeln vorlag, während für die zollfreien Gegenstände keinerlei Ursache zur überstürzten Einfuhr vorlag. Immerhin stieg im Februar auch die gesamte Einfuhrmenge um 26 Proz. gegen das Vorjahr, und dieser Prozentsatz hebt sich noch ganz gewaltig, wenn wir — wie das eigentlich richtiger ist — bis auf den Februar 1904 oder 1903 zurückgehen. Die Februarziffern von 1905 waren nämlich selber schon ungewöhnlich angeschwollen: der rheinisch-westfälische Bergarbeiterstreik hatte ein abnormes Hereinströmen ausländischer Kohlen (schon im Januar, vor allem jedoch im Februar) veranlaßt, so daß auf diesem speziellen Gebiete die diesjährigen Februarziffern sogar um 5½ Millionen Doppelzentner (zu 100 Kilogramm) hinter dem Vorjahre zurückbleiben, die Januar- und Februarziffer um 6 Millionen Doppelzentner — gerade der Kohlenhandel bedurfte zuletzt keiner Kraftanstrengung, weil die Kohle nach dem 1. März weiter zollfrei nach Deutschland hereinkommt. Trotzdem bewegte sich die Gesamteinfuhr in folgender Weise aufwärts:

	Deutsche Einfuhr (in Doppelzentner zu 100 Kilogramm)	
	Februar	Januar und Februar zusammen
1903	30.351.694	62.388.686
1904	31.324.309	64.154.640
1905	43.084.259	79.168.621
1906	54.315.160	100.096.159

Erklärlicherweise war das Emporschnellen der Voreinfuhr nach Deutschland überaus heftig bei Getreide und anderen Landbauerzeugnissen: in den beiden ersten Monaten importierten wir über 15 Millionen Doppelzentner mehr gegen das Vorjahr, 16,7 Millionen Doppelzentner mehr gegen 1904. Mehr als zwei Drittel der ganzen Einfuhrsteigerung gegen das Vorjahr entspringen also nicht dem vermehrten Lebensmittelbedarf Deutschlands, denn an einem größeren Erntedefizit, im Vergleich zum Vorjahre, leiden wir nicht; was jetzt mehr aus dem Auslande hereingebracht wurde, war nur durch die Rücksicht auf die baldige Zolländerung herangelockt worden und wird den späteren Einfuhrbedarf entsprechend herabdrücken. Nicht nur der Handel, sondern auch große Konsumenten, wie Brauereien und Mühlen, scheinen sich systematisch mit Massenvorräten niedrigverzollter Ware versehen zu haben. So wurde eben auf der Generalversammlung der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft mitgeteilt: „die Verwaltung habe Vorsorge getroffen, daß die durch die neuen Getreidezölle erwachsenden Mehraufwendungen für 1906 kaum in Erscheinung treten werden, da die Gesellschaft mit Fourage beinahe bis Oktober versehen sei; wie sich alsdann der Betrieb gestalten werde, hänge davon ab, wie der Automobilbetrieb durchgeführt werden könne“. Aus Oesterreich-Ungarn, welches vorzugsweise Gerste für Brauzwecke liefert, kamen in den ersten beiden Monaten rund 666 000 Doppelzentner Gerste mehr als im Vorjahre.

Bei der Ausfuhr spielt zweifellos der gesteigerte Normalbedarf, die günstige Wirtschaftsentwicklung des Auslandes eine verhältnismäßig größere Rolle neben den fremden Zollsteigerungen. Denn bei wichtigen Waren wuchs nach der Reichsstatistik der Export nach Ländern, die — wie England, die Vereinigten Staaten, Argentinien und andere südamerikanische Staaten — ihre Zolltarife in letzter Zeit unverändert gelassen haben. Weiter ist in Betracht zu ziehen, daß die größere diesjährige Kohlenausfuhr — im Februar allein 9,68 Millionen Doppelzentner mehr gegenüber dem Vorjahre — zu einem wesentlichen Teil nur das Gegenstück zur vorjährigen Exportverminderung infolge des Grubenstreiks bildet. Dennoch bleibt ein starker Rest, der nur den ausländischen Zolländerungen zugeschrieben werden kann:

	Deutsche Ausfuhr (in Doppelzentner zu 100 Kilogramm)	
	Februar	Januar und Februar zusammen
1903	28.104.200	59.601.841
1904	28.085.411	57.645.052
1905	26.330.674	58.947.238
1906	40.493.036	76.605.344

Vor allem die Eisenausfuhr hat wieder einmal eine Rekordziffer erreicht; an der Steigerung des Bezugs waren vornehmlich England, die Niederlande, Italien und Südamerika, mit Argentinien an der Spitze, beteiligt. Der Maschinexport hob sich im Februar bis auf 484 000 Doppelzentner, gegen nur 280 000 Doppelzentner im Vorjahre — in den



Vertreter konnte deshalb schon eine derartig bündige Erklärung nicht abgeben, hatte er doch schon gegen die Sonderbehandlung unserer Organisation in der Grenzstreitigkeitsfrage Einspruch erhoben und demgemäß gegen die betreffenden Resolutionen gestimmt.

Wenn nun die Erklärung, die Mohs im Auftrage des Verbandsvorstandes abgab, besagt, daß wir gern bereit sind, mit anderen Gewerkschaften in Frieden zu leben, so kann doch aber in solchen Dingen nur auf Grund gegenseitiger Verhandlungen und Abmachungen etwas geschehen. Diesen Weg zu beschreiten, war auch die Meinung aller zurzeit in Betracht kommenden Organisationsvertreter. Bei einer konsequenten Durchführung der Resolutionen der Vorstandskonferenz wären aber Verhandlungen unnötig und es brauchte dann, wie gesagt, eben nur die Frage der Aufteilung unserer 22 000 Mitglieder erwogen zu werden.

Näher auf die ganzen Grenzstreitigkeiten einzugehen, halten wir jedoch jetzt für unangebracht. In den acht Wochen vor dem Verbandstage ist ja wirklich nicht viel mehr zu ändern und wir empfehlen deshalb den Kollegen, in Fragen der Grenzstreitigkeiten nach unseren alten Beschlüssen zu verfahren. Der Verbandstag wird das Für und Wider erwägen und die für den Verband maßgebende Stellungnahme beschließen. Wahrscheinlich werden die Vertreter der hauptsächlich engagierten Verbände auch bei diesen Verhandlungen zugegen sein.

#### Der Verbandsvorstand.

Gegenüber dieser Erklärung stellen wir auf Grund des offiziellen, in den Sitzungen der Konferenz vorgelesenen und genehmigten Protokolls folgendes fest: In der Angelegenheit mit dem Gemeindearbeiterverband lag die bekannt gegebene Resolution der Vertreter der Asphaltleute, Gärtner, Handels- und Transportarbeiter und der Steinseher vor, die in ihrem letzten Absatz den Beschluß der Vorstandskonferenz von 1904 erneuert. Dieser Absatz der Resolution wollte dann weiter: „dem Verbands- der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten zugleich die schärfste Mißbilligung darüber“ aussprechen, „daß derselbe dem angeführten Beschlüsse in keiner Weise Rechnung getragen oder überhaupt auch nur irgendwelche Anstalten zur Durchführung desselben getroffen hat.“ Schließlich erklärt die Resolution: „Die heutige Konferenz fügt dem hinzu, daß im Falle der weiteren Nichtbeachtung dieses Beschlusses den zuständigen Instanzen eventuell der Ausschluß genannten Verbandes aus den Reihen der freien Gewerkschaften empfohlen werden muß.“

Zur Begründung der Resolution hatte Knoll das Wort, der am Schlusse seiner Ausführungen erklärte, daß, falls der Vertreter der Gemeindearbeiter, Mohs, „heute eine befriedigende Erklärung abgibt, so wolle Redner von dem Aussprechen einer Mißbilligung absehen.“ Die darauf folgenden Redner der Gärtner und der Transportarbeiter befundeten ebenfalls ihre Bereitwilligkeit, sich mit dem Gemeindearbeiterverband auf friedlichem Wege zu einigen. Als letzter Redner in der Diskussion hatte sodann Genosse Mohs das Wort, der zunächst zugab, „daß unter der Leitung Bruno Boerschs vieles nicht einwandfrei war“. Mohs erklärte dann weiter:

„Für diese Handlungen einzelner Verbandsbeamten könne der Verbandsvorstand nicht verantwortlich gemacht werden. Viel Schuld liegt an Boersch, der im letzten Jahre überhaupt keine bestimmte Stellung zu den einzelnen Fragen genom-

men habe und da auch niemand da war, der sich um seine diesbezügliche Tätigkeit gekümmert hätte. Redner erklärt aber, daß sie alles aufbieten würden, um dem Beschlusse nachzukommen. Er persönlich habe als Gauleiter mit keinem Verbands-Differenzen gehabt, ausgenommen eine solche mit dem Fabrikarbeiterverband.“

Hierauf wurde die Diskussion geschlossen. Die Antragsteller erklärten auf Grund der Ausführungen des Genossen Mohs, den Mißbilligungsatz der Resolution zurückzuziehen; desgleichen wurde auf Vorschlag Legiens der Absatz betreffend den eventuellen Ausschluß des Verbandes zurückgezogen, worauf die Resolution in der bereits veröffentlichten Form angenommen wurde. Hierauf erklärte Mohs im Auftrage des Verbandsvorstandes, „daß der Gemeindearbeiterverband versuchen wird, in lokaler Weise die Grenzstreitigkeiten zu schlichten. Vor dem demnächst stattfindenden Verbandstage werde sich aber keine Maßnahme mehr treffen lassen.“

Soweit der Sachverhalt, aus dem hervorgeht, daß der Bericht des „Corr.-Bl.“ den tatsächlichen Zusammenhang wiedergibt, und daß die jetzt vorliegende Erklärung des Verbandsvorstandes, soweit sie die Ausführungen des Genossen Mohs für ihre Schlußfolgerungen heranzieht, falsch ist. Der Mißbilligungsatz sowie die Androhung des ev. Ausschlusses des Verbandes wurde einzig auf Grund der bestimmten Erklärung des Genossen Mohs, wonach die Gemeindearbeiter „alles aufbieten würden, um dem Beschlusse nachzukommen“, zurückgezogen. Daß Mohs später nach der Abstimmung nochmals die Versicherung abgab, der Verbandsvorstand wird versuchen, in lokaler Weise die Grenzstreitigkeiten zu schlichten, kann doch wahrlich nicht als eine Abschwächung seiner ersten Erklärung aufgefaßt werden, daher auch aus der Konferenz kein Widerspruch erfolgen konnte.

Wenn aber das, was der Vorstand des Gemeindearbeiterverbandes jetzt nachträglich erklärt, daß nämlich in dieser Frage nur der Verbandstag und nicht die Vorstandskonferenz für den Verband maßgebend sein soll, und daß „den Kollegen empfohlen wird, in Sachen der Grenzstreitigkeiten nach unseren alten Beschlüssen zu verfahren“, das letzte Wort des Verbandes ist, dann hat der Verbandsvorstand sich zugleich darüber klar zu sein, daß das, was von der letzten Vorstandskonferenz unterlassen wurde, von der nächsten Vorstandskonferenz und in letzter Instanz von dem Gewerkschaftskongress nachgeholt wird.

#### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Verband der Dachdecker veranstaltet zurzeit eine umfassende Hausagitation in ganz Deutschland und hat zu diesem Zwecke ein Flugblatt herausgegeben, das die Notwendigkeit der Organisation den Unorganisierten in geeigneter Weise vor Augen führt.

Der Gemeindearbeiter-Verband zählte am Jahresschluß 16 790 zahlende Mitglieder gegen 10 605 zu Beginn des Jahres. Die Gesamteinnahmen beliefen sich im Jahre 1905 auf 112 590 Mark, die Ausgaben auf 87 402 Mk.

Vom Vorstande des Verbandes der Friseurgehülfen Deutschlands ergeht in diesen Tagen wiederholt an die organisierten Arbeiter die Aufforderung, beim Rasieren und Haarschneiden sich mit den Friseurgehülfen nicht „über das schöne Wetter und dergleichen“ zu unterhalten.

sondern sie über ihre Organisationspflicht aufzuklären, sich davon zu überzeugen, ob die Gehilfen auch wirklich organisiert sind. Als Legitimation genügt nicht die bloße Behauptung, sondern Mitgliedsbuch und Kontrollkarte. Bekanntlich beschloß der 5. Gewerkschaftskongreß, die Friseurgehilfen in ihren Bemühungen, sich zu organisieren, zu unterstützen.

Der Jahresbericht des Deutschen Metallarbeiterverbandes für 1905 ist soeben erschienen. Der Bericht ist geeignet, in allen gewerkschaftlichen Kreisen mit Freude und Genehmigung aufgenommen zu werden. Stieg doch die Mitgliederzahl des Verbandes in diesem Jahre von 198 964 auf 259 692, das ist eine Steigerung von 30,52 Proz. In obiger Zahl sind 10 235 weibliche Mitglieder enthalten, die eine Zunahme gegenüber dem Bestand am Jahresbeginn von 24,24 Proz. aufweisen. Der Bericht konstatiert weiter, daß die Situation gegen früher merklich nachgelassen hat; 41,09 Proz. der Neuaufnahmen verblieben der Organisation treu.

Der hochehrfurchlichen Steigerung in der Mitgliederzahl entsprechen auch die finanziellen Ergebnisse. Die Reineinnahme betrug im Berichtsjahre 5 107 717,41 Mk., wovon allein 4 689 576 Mk. aus Beiträgen der Mitglieder. Gegenüber 1904 ist das eine Steigerung der Reineinnahmen von 1 797 629,25 Mark und der Mitgliederbeiträge von 1 462 772,95 Mark. Folgende kleine Zusammenstellung über die verausgabten Unterstützungen in den letzten drei Jahren veranschaulicht am besten die Erfolge des Verbandes. Es wurden verausgabt:

	1905 Mk.	1904 Mk.	1903 Mk.
Reisegeld	247 372,13	192 098,14	146 773,14
Arbeitslosenunterstützung	480 187,58	400 803,75	324 859,59
Streitunterstützung	2 084 549,02	829 394,39	1 220 551,59
Rechtschutz	81 361,17	58 205,67	45 374,35
Maßregelungen	103 504,55	128 329,33	84 060,19
Besondere Notfälle	70 623,20		
Unzugsunterstützung	51 421,62	19 800,—	—
Zusammen	3 119 019,27	1 628 631,28	1 826 618,87

Die Ausgaben für Streikunterstützung sind in Wirklichkeit um 743 721 Mk. höher im Jahre 1905 als diese Tabelle ausweist. Es sind die Gelder, die aus den Lokalkassen des Verbandes für diesen Zweck verausgabt wurden. Insgesamt wurden also 2 828 270 Mk. für den wirtschaftlichen Kampf verausgabt. Trotz dieser enormen Aufwendungen verblieb der Hauptkassens Vermögensbestand von 2 177 198,44 Mk., das ist gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung von 636 845,31 Mk.

Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Sie zeigen die deutsche Metallarbeiterschaft auf dem Vormarsch, der weder durch die brutalen Schikanen seitens des Unternehmertums, noch durch das kleinliche Gebelzer der christlichen und sonstigen Streikbrecherorganisationen aufgehalten werden kann.

Der Vorstand des Portefeuille-Verbandes beabsichtigt, eine Geschichte der Arbeiterbewegung in der Portefeuille-Industrie Deutschlands herauszugeben und fordert daher im Verbandsorgan auf, alles diesbezügliche Material zur Verfügung zu stellen.

Der Geschäftsbericht des Verbandes deutscher Textilarbeiter pro 1904/05 ist soeben erschienen. Demnach steigerte sich die Mitgliederzahl von 51 258 im vierten Quartal 1904 auf 77 808 im gleichen Quartal 1905, davon 25 940 weibliche. Eine der wichtigeren Fragen, die den Ver-

band in der letzten Zeit beschäftigten, war die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Der Vorstand hatte von der letzten Generalversammlung den Auftrag erhalten, durch statistische Aufnahmen Material in dieser Frage zu sammeln. Auf Grund dieses Materials, das allerdings etwas mangelhaft ausfiel, arbeitete der Vorstand eine Vorlage aus, die den Mitgliedern zur Urabstimmung unterbreitet wurde. Die Mitglieder lehnten indessen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit 35 646 gegen 10 287 Stimmen ab.

Die Jahresabrechnung des Verbandes der Zimmerer für das Jahr 1905 zeigt ein reges Bild der Verbandstätigkeit. Die Gesamteinnahmen der Hauptkassen beliefen sich auf 740 156,89 Mk., die Ausgaben auf 598 357,15 Mk. Der Vermögensbestand betrug am Jahresluß insgesamt 919 169,61 Mk., bei einer Mitgliederzahl von 43 557. Die Ausgaben der Hauptkasse für Streikunterstützung beliefen sich auf 307 800 Mk., für Agitation auf 69 274 Mk.

In dem Leitartikel des Verbandsorgans, der die erfreuliche fortschreitende Entwicklung des Verbandes und seiner Leistungsfähigkeit bespricht, wird das Verhältnis zwischen einem Teil der Parteipresse und den Gewerkschaften angeführt. Der Artikel konstatiert, daß trotz der Jenaer Parteitagresolution und trotz der darauf folgenden ersten Aufforderung des Parteivorstandes, die Gewerkschaften zu fördern, indem die politisch organisierten Genossen sich auch gewerkschaftlich organisieren mögen, soweit die Vorbedingungen dafür gegeben sind, und über der Kritik einzelner Vorgänge im Gewerkschaftsleben doch nicht die Aufgaben der Arbeiterpresse den Gewerkschaften gegenüber zu vergessen möge, trotz alledem eine Anzahl Parteiblätter völlig versagten. Sie nannten die Gewerkschaften den „großen Wassertopf des Revisionismus“, redeten von den Gewerkschaften als „Staffage für die Beamten“ usw. Und während innerhalb der Gewerkschaften unter deren Mitgliedern eine emsige Tätigkeit, im Sinne des Jenaer Beschlusses zu wirken, entfaltet wird, werde diese Tätigkeit von manchen Parteiblättern förmlich gegen die Gewerkschaften ausgeschlachtet. „Ob dreißig oder fünfundsechzig Prozent einer Gewerkschaft politisch organisiert sind oder das betreffende Parteiblatt halten, immer kehrt die Bemerkung in verschiedenen Versionen wieder, daß damit der Beweis erbracht sei, wie traurig es um die Parteizugehörigkeit der Gewerkschaftler bestellt sei.“ Eine derartige Taktik der Parteiliteraten hemmt das Vordringen der Gewerkschaften. Das Blatt weist schließlich auf die Notwendigkeit hin, gerade in der gegenwärtigen Situation eine intensive gewerkschaftliche Tätigkeit zu entfalten. Durch die Schutzollgesetzgebung werden alljährlich dem deutschen Volke viele Millionen zugunsten der Junker abgenöpft; während die Lage der Landarbeiter noch grauziger bleibt als zuvor. Hier müssen die Klassenbewußten Arbeiter und ihre Organe eingreifen, wenn eine Emanzipation der Arbeiterklasse jemals gelingen soll. „Diese hängt durchaus nicht von theoretischen Silbenstechereien und stark aufgetragenen revolutionären Schlagworten ab, sondern von der Betätigung möglichst aller Arbeiter im Interessenkampfe gegen das Ausbeutertum.“



gesehe mit ihren so zahlreichen Opfern sagte Michels kein Wort.

Den Vorsitz bei diesem Vortrage führte Griffuelhes (Sekretär der gewerkschaftlichen Centralorganisation). Nachdem der Vortrag 1¼ Stunden gedauert hatte, bemerkte er, daß man Fragen an den Vortragenden stellen könne. Hiervon profitierten zwei Mitglieder des Leseklubs, um gegen die Ausführungen von Michels zu protestieren. Die Versammlung erlaubte ihnen aber nicht, zu Ende zu reden, während ein junger Deutscher, welcher die Ausführungen von Michels noch übertrieb, viel Beifall fand. Er machte es so arg, daß Griffuelhes es für notwendig hielt, zu erklären, daß derselbe nicht Franzose, sondern Deutscher sei. Als solcher hätte er wohl das Recht, so zu sprechen, als er es getan; ein Franzose würde sich aber nicht erlauben haben, so scharf zu sprechen. Latapie (Sekretär des Metallarbeiterverbandes), welcher letzten Sommer einige Wochen in Deutschland zubrachte, berichtete unter anderem, daß er selbst gesehen habe, wie in Nürnberg 10 000 Streikende vor einem Polizisten gewichen wären. Hiernach kann man sich wohl einen Begriff von dem Tone machen, welcher bei diesem Vortrage angeschlagen wurde.

Der deutsche Leseklub nahm auf Veranlassung derjenigen Genossen, welche diesen Vorträgen beigewohnt hatten, Stellung zu den falschen Ausführungen von Michels; einer zweiten Einladung leistete letzterer Folge und erschien mit seinen Freunden, den Herausgebern des „Mouvement socialiste“ und der „Avant-Garde“, Griffuelhes usw. usw. Bei dieser Abrechnung mit Michels ging es sehr lebhaft zu und hier hatte letzterer kein leichtes Spiel. Zuerst referierte eins unserer Mitglieder über die Vorträge von Michels und seine Artikel. Dann sprach Genosse Michels selbst; nach ihm wieder ein Genosse, der in schonungsloser Weise die so ungeredeten und irreführenden Angaben des Genossen Dr. Michels widerlegte. Letzterer erklärte, hierauf antworten zu müssen. Wegen der vorgerückten Stunde wurde indes die Fortsetzung dieser unerquicklichen Debatte verschoben; dieselbe wird gelegentlich einer neuen Reise von Michels nach Paris stattfinden.

Hoffentlich sieht derselbe inzwischen selbst das Verwerfliche seines Auftretens ein.  
Paris, 6. April. P. Trapp.

Nachwort der Redaktion. Dieser Bericht unseres Genossen Trapp bestätigt uns, was auch die Entgegnung Dr. Michels selbst erkennen ließ, daß der letztere in der Tat in der unverantwortlichsten Weise sich bemüht hatte, das Ansehen der deutschen Gewerkschaften im Auslande herabzusetzen. In Deutschland würden wohl die wenigsten Arbeiter derartige Ausführungen ernst nehmen. Dazu ist die deutsche Arbeiterschaft denn doch zu lange durch eigene Erfahrungen gewerkschaftlich geschult. Jeder einzelne weiß besser, als dieser anmaßende Kritiker, zu würdigen, was sich die Arbeiterschaft in jahrzehntelanger Organisationsarbeit selbst geschaffen hat. Wenn dieser unberufene Nichtwisser aber glaubt, im Ausland sich als Führer der deutschen Arbeiterbewegung aufspielen zu können, noch dazu als Repräsentant der Zersplitterung, — als „Führer des linken Flügels der äußersten Linken“, so hat die deutsche Arbeiterbewegung, die weder einen linken noch einen rechten Flügel anerkennt, sondern deren ganze Lebensarbeit die Schaffung und Erhaltung einer einheitlichen Bewegung darstellt, alle Ursache, diesen „linken Führer“ in aller Form zu desavouieren,

und zu erklären, daß für den von ihm vorgebrachten Überwitz niemand anders als Dr. Michels allein verantwortlich zu machen ist.

## Kongresse und Generalversammlungen.

### Der Verband der Steinarbeiter

hielt vom 2. bis 6. April in Nürnberg seinen 2. Verbandstag ab. Derselbe ist besetzt von 289 Zahlstellen durch 72 Delegierte. Der Verbandsvorstand ist durch 3 Mitglieder, Redaktion, Verbandsauschuß und Preßkommission durch je 1 Mitglied vertreten. Auch ist der nach dem letzten Verbandstage fest angestellte Gauleiter des Gaues Würzburg anwesend sowie ein Vertreter der Generalkommission.

Aus dem gedruckt vorliegenden Bericht des Verbandsvorstandes ergibt sich ein erfreuliches Wachstum des Verbandes seit dem letzten Verbandstage. Die Zahl der Zahlstellen stieg von 174 am Jahresschluß 1903 auf 203 in 1904 und auf 276 in 1905 und beträgt gegenwärtig 289. Im selben Zeitraum (bis Jahreschluß 1905) stieg die Mitgliederzahl von 8624 auf 10 024 bezw. 13 869. Unter Hinzurechnung der frankten und arbeitslosen Mitglieder, die wegen des Beitragsausfalles in der Abrechnung nicht aufgezählt sind, schätzt der Vorstand die gegenwärtige Mitgliederzahl auf mindestens 15 000.

Streiks haben stattgefunden: 1904 8 Angriffs-, 19 Abwehrtreits; 1905 16 bezw. 18. Außerdem hatte der Verband 1904 2 und 1905 5 Aussperrungen aufzuweisen. An den Streiks waren beteiligt: 1904 an Angriffstreits 441, an Abwehrtreits 620, an Aussperrungen 458; 1905 an Angriffstreits 1683, an Abwehrtreits 668, an Aussperrungen 299. Das Resultat der Streiks und Aussperrungen war:

	1904			1905		
	vollen Erfolg	teilweisen Erfolg	ohne Erfolg	vollen Erfolg	teilweisen Erfolg	ohne Erfolg
Angriffstreits . . .	4	2	2	11	3	1
Abwehrtreits . . .	12	5	2	11	5	3
Aussperrungen . . .	—	—	2	2	—	1

Die Gesamteinnahmen betragen 1904: 151 904 Mark, 1905: 196 007 Mk.; die Gesamtausgaben 90 073 bezw. 167 041 Mk. Die Fluktuation im Mitgliederbestande ist noch immer sehr groß. In den letzten drei Jahren sind 24 000 Mitglieder neueingetreten, von denen kaum die Hälfte dauernd im Verbandsverbande blieben. Im einzelnen stellen sich die Ausgaben: Agitation 6766 (1905: 13 865) Mk.; Reiseunterstützung 6053 (8161) Mk.; Streikunterstützung 42 997 (105 494) Mk.; Gemäßregelungenunterstützung 4769 (2987) Mk.; sonstige Unterstüttungen 45 (690) Mk.; Umzugskosten 181 (804) Mk.; Verwaltung der Hauptkasse, sachliche und persönliche 22 430 (29 544) Mk.; Sonstiges 6292 (4469) Mk. Der Massenbestand der Hauptkasse am Jahreschluß 1905 betrug 208 390,50 Mk., dazu kommt über 90 000 Mk. Vermögen in den Zahlstellen des Verbandes.

Im übrigen konstatiert der Bericht des Vorstandes, wie auch die angegebenen Zahlen beweisen,

**Kost- und Logiszwang.**

Die unterzeichnete Kommission ersucht die mit der Aufnahme der Statistik betreffenden den Kost- und Logiszwang betrauten Instanzen (Gewerkschaftskartelle, Subkommissionen und Centralverbände) die Erhebung nunmehr abzuschließen und die ausgefüllten Fragebogen bis **spätestens 1. Mai** an die Adresse der Centralkommission gelangen zu lassen.

Mit Gruß

Die Centralkommission für Beseitigung des Kost- und Logiszwanges.  
J. A.: F. Blum, Berlin, SO. 16, Adalbertstraße 56.

**Dr. Michels gegen die deutschen Gewerkschaften in Frankreich.**

Zur Klarstellung.

Die Vorträge, welche Genosse Dr. Michels aus Marburg hier in Paris hielt, und welche mit Recht viel Staub aufgewirbelt haben, belaufen sich auf drei; den ersten hielt Michels im hiesigen deutschen sozialdemokratischen Leseklub; den zweiten vor einer kleinen Zahl französischer und russischer Studenten und Studentinnen und den dritten im Palais du Travail in Belleville vor Arbeitern. Wenn Michels schon gelegentlich seines Vortrages im Leseklub teilweise sehr sonderbare Ansichten zum besten gab, so war dies noch viel mehr bei den Vorträgen der Fall, welche er vor den Studenten und den französischen Arbeitern hielt. Die kritische Notiz des „Vorwärts“ (Nr. 48) bezog sich auf den Vortrag vor Studenten, an welchen nur ganz wenige Arbeiter teilnahmen. Die Kritik des „Vorwärts“ war ganz berechtigt, ebenso wie die Kommentare, welche die „Bergarbeiter-Zeitung“ und das „Correspondenzblatt“ daran knüpften.

Genosse Michels hätte hier eine sehr nützliche Mission erfüllen können, wenn er sich bemüht hätte, die deutsche Arbeiterbewegung so darzustellen als wie sie ist; häufig haben hier Genossen aus Belgien, England, Italien in dieser Hinsicht aufklärend gewirkt. Anstatt indessen eine wahrheitsgemäße Schilderung der sozialistischen und gewerkschaftlichen Bewegung zu liefern, gab Michels davon leider nur eine nicht angenehme Karikatur, welche, weit entfernt davon, aufklärend zu wirken, nur dazu angetan war, schiefe Ansichten über die beiden Zweige der deutschen Arbeiterbewegung zu verbreiten und den hiesigen Anhängern der „nurgewerkschaftlichen“ Organisation im Sinne der „Libertaires“, Wasser auf die Mühle zu liefern, was ja auch geschehen ist. Schon die Einladung zum ersten Vortrage war bezeichnend. Es hieß da: „Unser Kamerad Michels, welcher, mit Friedeberg, der Führer des linken Flügels der äußersten Linken der deutschen Sozialdemokratie ist, wird über den deutschen Sozialismus und den Krieg sprechen.“ Dann als Schluß: „Mit der Erfahrung der Kämpfe, welche er (Michels) in seiner eigenen Partei durchgemacht hat, wird er uns sagen, was der Internationalismus unserer Kameraden von jenseits des Rheins wert ist.“ Auf den ihm wegen dieser Art Empfehlung hin gemachten Vorwurf erklärte zwar Michels, daß er selbst lebhaft dagegen protestiert habe. Trotzdem wurde der nächste Vortrag aber von den gleichen Personen, den Herausgebern der Revue „Le Mouvement socialiste“ und der „Avant-Garde“ (inzwischen eingegangen) organisiert.

In seiner Entgegnung bestreitet Genosse Dr. Michels, sich so absprechend über die Gewerkschaften

geäußert zu haben, als wie ihm dies vorgeworfen wurde. Ich halte es für notwendig, seinem Gedächtnis ein wenig zur Hilfe zu kommen. Als Genosse Michels in seinem Vortrage vom 12. Februar (vor Studenten) zu den Gewerkschaften übergang, erwähnte er, daß die centralistischen Gewerkschaften 1 300 000 Mitglieder und gutbestallte Kassen hätten. Dann sprach er von den einigen tausend Beamten derselben, die nicht für eine andere Taktik zu haben seien, weil sie für ihre Stellen fürchten; diese Erklärung umgab Michels indessen durchaus nicht mit den vorsichtigen Ausführungen seiner „Entgegnung“. Dann sagte er weiter, daß die Gewerkschaften nicht sozialistisch seien und keine Politik trieben, daß aber die meisten „Chefs“ derselben, wie er ironisch bemerkte, sozialistische Abgeordnete seien. In Frankreich seien die Gewerkschaften sozialistisch, in Deutschland nicht; in letzterem Lande besäßen sie eine gute aber bürokratische Organisation.

Der Kölner Gewerkschaftskongress mit seinen Diskussionen über den 1. Mai wurde natürlich auch ausgeschlachtet; die Geldfrage und das Ruhebedürfnis mußten herhalten. Dann sprach er über die Behandlung derselben Frage auf dem Kongresse in Jena. Ueber die Tarifverträge der Gewerkschaften äußerte Michels die eigentümliche Ansicht, daß diese nur gut in schlechten Zeiten seien als Schutz gegen die Uebergriffe der Unternehmer; in guten Zeiten seien sie nicht abzuschließen, weil dadurch auch die Beteiligung am Generalstreik unmöglich gemacht würde! Er tadelte es auch, daß die einzelnen Ortsvereine der deutschen Gewerkschaften erst die Erlaubnis der Centralleitung vor der Erklärung eines Streiks einholen müßten. (1) Häufig erwähnte Michels die vielen Millionen der Gewerkschaften, welche diese seit 30 und 50 Jahren (?) aufgehäuft hätten. Die Heimarbeit-Ausstellung, welche die freien Gewerkschaften zusammen mit den „gelben“ und christlichen Gewerkschaften organisiert hätten und in welcher sich ein Kissen mit der gestickten Widmung: „Heil dem Kaiser“ befände, erwähnte er als etwas sehr bezeichnendes in allen seinen Vorträgen. Der Bergarbeiterverband fand den besonderen Tadel von Michels, weil er, gelegentlich seines letzten Streiks, den Kampf gemeinsam mit den anderen bisher feindlichen Berufsorganisationen geführt hatte. Diese mehr als kuriosen Ansichten über die gewerkschaftliche und politische Betätigung der deutschen Arbeiterklasse gibt Michels übrigens schon seit einiger Zeit in der Monatschrift: „Le Mouvement socialiste“ (die sozialistische Bewegung) zum besten.

Den letzten Vortrag hielt Genosse Michels am 21. Februar vor französischen Arbeitern, die sehr zahlreich vertreten waren. Seine Äußerungen über die vielfach mittelalterlichen Zustände Deutschlands und die Haltung der Partei zur Marokkofrage übergehen wir. Insofern er über die Gewerkschaften sprach, geschah es in derselben bereits gekennzeichneten Weise. Seine Ausführungen hierüber bewiesen, daß er nicht die geringste Idee von der gewerkschaftlichen Organisation und ihren Erfordernissen hat. Er sprach nur immer wieder „von den bürokratischen Einrichtungen der Gewerkschaften, der leidenschaftlichen Liebe für die „schweren Geldschränke mit angehäuft Summen“, dem „ungezügelter Wunsche“ nach „Frieden“, dem „Geschmack für die langen Tarifverträge“, der Sorge, „artig und verständig“ zu scheinen, usw. So berichtet selbst die „Avant-Garde“ hierüber. Von den vielen Kämpfen, welche die deutschen Gewerkschaften zu führen hatten und noch führen, von dem zwölfjährigen Druck der Ausnahme-



ein ganz erhebliches Fortschreiten der Bewegung. Es ist das ein erneuter Beweis dafür, daß die in Leipzig beschlossene Errichtung des Verbandes in seiner heutigen Form das Richtige war.

Die Geschäfte des Vorstandes haben sich seit dem letzten Verbandstage dermaßen gehäuft, daß sich die Anstellung eines weiteren Beamten im Vorstande notwendig machte. Auch ein besoldeter Gauleiter für den Gau Würzburg wurde angestellt, welches Experiment sich als für den Verband höchst vorteilhaft herausgestellt hat. Der Verbandsvorstand sucht hierfür „Indemnität“ nach. Geklagt wird über recht mangelhafte Berichterstattung bei den Lohnbewegungen. Festgestellt konnte jedoch erfreulicherweise werden, daß der Verband mit dem in Süddeutschland vielfach üblich gewesenen „wildem Akkordsystem“ ganz bedeutend aufgeräumt hat. Vielfach wünschen die Mitglieder dann jedoch sofort die allgemeine Einführung des Stundenlohnes, eine Forderung, die vom Unternehmertum auf das heftigste bekämpft wird und deshalb zu erheblichen Kämpfen führen kann. Eine neue Situation hat sich für den Verband aus dem Erstehen der christlichen Organisation ergeben, die, durch ihre Führer veranlaßt, ihre kämpfenden Arbeitsbrüder in den Rücken fallen.

Der wirtschaftliche Kampf wird durch das Eindringen der Maschine in die Steinindustrie vielfach erheblich erschwert, ein Faktum, das von der Arbeiterschaft oft nicht genügend berücksichtigt wird.

In bezug auf den Punkt „Fachorgan“ wurde mitgeteilt, daß die Einführung des Obligatoriums für dasselbe sich als nutzbringend in jeder Hinsicht erwiesen hat. Nur die Mitarbeiterschaft aus Mitgliederkreisen lasse nach wie vor zu wünschen übrig. Von einzelnen Zahlstellen wurde getadelt, daß im Fachorgan Arbeitsangebote veröffentlicht wurden. Der Redakteur plädiert eingehend für Beibehaltung dieser Einrichtung. Die Berichterstattung bei Streiks auch an die Presse ist äußerst mangelhaft. In bezug auf die Vorwürfe, die der Redaktion wegen ihrer scharfen Abwehr gegen die „christliche“ Bewegung gemacht worden sind, ist der Redakteur, der selber einer sehr „christlichen“ Gegend entstammt und die christliche Bewegung sehr genau kennt, der Ansicht, daß diese Abwehr gar nicht scharf genug sein kann. Infolge der Einführung des Obligatoriums ist die Auflage von 4900 auf 20 200 gestiegen.

Der Verbandsausschuß hatte nur einige Beschwerden untergeordneter Natur zu erledigen.

In der Diskussion wurde mehrfach auf die christliche Steinarbeiterbewegung Bezug genommen. Es wurde hervorgehoben, daß man zwar die Führer dieser Bewegung aufs schärfste bekämpfen müsse, dagegen die Mitglieder als Arbeitsbrüder behandeln solle. Die vom vorigen Verbandstage eingeführte dritte (niedrigste) Beitragsstaffel hat keine so große Wirkung gehabt, als man sich davon versprach. Die Mitglieder kommen immer mehr zu der Ueberzeugung, daß für den gewerkschaftlichen Kampf Opfer gebracht werden müssen. Gegen die inzwischen erfolgte Anstellung von zwei Beamten werden grundsätzliche Einsprüche im allgemeinen nicht erhoben, nur wurde kritisiert, daß man den Mitgliedern nicht Gelegenheit gab, die Beamten zu wählen; der Vorstand habe in diesem Falle nicht nach dem Statut gehandelt. Anerkannt wird, daß die Beamten des Verbandes allgemein überlastet sind. Bezüglich des Artikels über den „Vorwärts“-Konflikt stellten sich die Redner, die dazu sprachen, auf den Standpunkt ihres Fachorgans. Die Veröffentlichung von Versammlungsberichten aus neugegründeten Zahlstellen hat

sich hier und da als unvoreilhaft erwiesen, indem namentlich im Maingau oft wenige Tage nach der Veröffentlichung die „christlichen“ Agitatoren zur Stelle waren, um mit ihren bekannten Zersplitterungsbestrebungen einzusetzen, verschiedentlich mit Erfolg.

Es wird allen Verbandsfunktionären einstimmig Decharge erteilt.

Beschlossen wird, dem Fachorgan künftig ständig eine Beilage beizugeben. Auch sollen die Versammlungsberichte nach Möglichkeit eingeschränkt werden. Ein Antrag, Arbeitsangebote im Fachorgan nicht zu veröffentlichen, wird abgelehnt.

Es folgt die Beratung über den Punkt: Agitation und Anstellung von Gauleitern. Das einleitende Referat hierzu gibt der Gauleiter Mittenmayer. Der Vorstand schlägt vor, zunächst drei Leiter anzustellen für die Gaue Elsaß mit Schwarzwald und Maulbronn-Heilbronn, Palz-Odenwald, Rheingau mit dem Sitz in Düsseldorf. Auch für die Lausitz und Schlesien werden Gauleiter verlangt; es fehlt denselben hier auch nicht an Gelegenheit zur Betätigung, jedoch seien dieselben hier noch nicht unumgänglich nötig. Aus den Ausführungen des Vorsitzenden ergibt sich, daß der Vorstand seit dem letzten Verbandstage seine Ansichten in der Gauleiterfrage gründlich geändert hat. Es wird eine Kommission zur Beratung der auf die Gauleiterfrage bezüglichen Anträge eingesetzt. Dieselbe schlägt vor, fünf Gauleiter anzustellen, und zwar außer den schon genannten Gauen noch solche für Hannover (Deister- und Harzgebiet) und für Sachsen. Weiter wird dem Verbandsvorstande empfohlen, wo es zugänglich ist, Lokalbeamte anzustellen. Die Anstellung soll durch den Hauptvorstand nach Ausschreibung erfolgen. Das Anfangsgehalt soll 1800 Mk. betragen. Der Antrag der Kommission wird mit 63 gegen 9 Stimmen angenommen. Es wird weiter dem Centralvorstande die Zusammenlegung einzelner Gaue empfohlen. Beschlossen wird weiter, die Gauleiter zu den Verbandstagen mit beratender Stimme hinzuzuziehen.

Ueber Streiks und Tarifwesen hält der Redakteur das Referat; die Ausführungen desselben gipfeln in nachstehender Resolution:

In Erwägung, daß im Verufe der Steinarbeiter teilweise das wilde Akkordsystem, welches die größte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zuläßt, noch besteht, beschließt die 2. Generalversammlung, abgehalten 1906 zu Nürnberg, den Kampf gegen diese einseitige, den Arbeiter stark schädigende Entlohnungsmethode, mit aller Schärfe aufzunehmen.

Um dieses zu erreichen, ist von den Verbandsmitgliedern auch weiterhin die Abschließung korporativer Arbeitsverträge (Tarifverträge) anzustreben.

Die bisher mit den Unternehmern abgeschlossenen Tarife weisen nicht nur in ihren allgemeinen Bestimmungen, sondern auch in der technischen Ausgestaltung eine recht große Verschiedenheit auf; es muß deshalb unsere Aufgabe sein, in Zukunft die Tarife bedeutend einheitlicher zu gestalten.

Der Centralvorstand ist deshalb zu beauftragen, Einheitsstarife für die drei Hauptgruppen unseres Berufs, nämlich für die Sandstein-, Granit- und Marmorindustrie aufzustellen. Die Kollegen sind allerorts gehalten, beim Eingehen von Tarifabschlüssen, wenn möglich den Einheitsstarif, insbesondere soweit die technische Ausgestaltung in Frage kommt, zur Anerkennung zu bringen.

Die Gültigkeitsdauer der Lohnstarife darf zwei Jahre nicht übersteigen; außerdem, es ist mit einer längeren Gültigkeitsdauer ein dementsprechender jährlicher Prozentzuschlag auf den Gesamtarif verbunden.

Um etwaige Differenzen, die wegen der Auslegung einzelner Tarifpositionen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber entstanden sind, zu beseitigen, ist die Einrichtung von paritätischen Schiedskommissionen empfehlenswert.

Der Verbandstag ist ferner der Meinung, daß die Bildung von größeren Lohnbezirken bei Tarifabschlüssen sehr von Vorteil ist und daß deshalb dementsprechend in Zukunft die Filialen der einzelnen Steinbruchbezirke bei der Sanjenerierung von Lohnbewegungen gemeinschaftlich vorgehen. Im Prinzip hat der Verbandstag die Ueberzeugung, daß durch Abschließung von Tarifverträgen der Klassenkampfstandpunkt unserer Organisation nicht verwischt wird, denn die bisherige Erfahrung lehrt, daß die Arbeiterkraft überhaupt erst durch den geführten Klassenkampf zu solchen Verträgen gekommen ist.

Der zweite Absatz dieser Resolution wird dahin erweitert, daß in erster Linie die Einführung des Zeitlohnsystems anzustreben ist.

In bezug auf die Streiktaktik tadelt der Referent insbesondere, daß vielfach nicht der genügende Wert auf die Verkürzung der Arbeitszeit gelegt wird. Derselbe kritisiert weiter die vielfach mangelhafte Opferwilligkeit in den süddeutschen Zahlstellen, wo örtliche Beitragszuschläge bis jetzt nur recht spärlich erhoben werden. Eingehend beschäftigt sich der Referent auch mit den Vorgängen bei einzelnen größeren Kämpfen, über welche sich im Verbands- und dem Organe desselben umfangreiche Auseinandersetzungen entsponnen haben.

In der Diskussion wird kritisiert, daß der Vorstand sich nicht vollständig rückhaltslos für die Befestigung der Affordararbeit erklärt, sondern erst nach dem Abschluß von Affordararbeiten als erstrebenswert bezeichnet. Der Vorstand erwidert, daß eine Regelung und Tarifierung der Affordararbeit einen erheblichen Fortschritt gegenüber den bisherigen Verhältnissen bedeute.

Von anderer Seite wird über die schwankende Rechtsprechung der Gewerbegerichte in bezug auf die rechtliche Anerkennung der Tarifverträge geklagt. Man verspricht sich in dieser Hinsicht Besserung von der Einsetzung der vom Referenten vorgeschlagenen Tarifschiedsgerichte. Sehr eingehend und vielseitig gestaltete sich die Debatte über Streiktaktik im allgemeinen und die Tariffrage. Bezüglich der letzteren wurde allgemein betont, daß es sich auch bei Abschluß von Tarifen nur um eine Phase des wirtschaftlichen Kampfes handelt. Es soll bei Abschluß von Tarifen insbesondere darauf geachtet werden, daß auf Grund eines solchen die Unternehmer nicht etwa die Anfertigung von Streitarbeiten verlangen, bezw. aus der Verweigerung solcher den Vorwurf des Tarifbruches herleiten können. Die Resolution Staudinger wird mit den angeführten Aenderungen angenommen. Eine Erhöhung der Streikunterstützung wird abgelehnt. Sperren sollen nur noch mit Zustimmung des Centralvorstandes verhängt werden können. Vorbedingung für Lohn- und Tarifbewegungen soll sein, daß mindestens drei Viertel der Beteiligten organisiert sind und ein volles Jahr der Organisation angehören. Für Kinder wird wöchentlich 1 Mk. Zuschuß zur Streikunterstützung gewährt. Ein Antrag, den bei Aussperrungen in anderen Berufen in Mitleidenschaft Gezogenen Streikunterstützung zu gewähren, wird abgelehnt. Ein Antrag des Centralvorstandes, Sammellisten nur mit Zustimmung des letzteren herauszugeben, der auch über die Verwendung der bei Streiks, Aussperrungen usw. durchgehenden Gelder zu bestimmen habe, wird angenommen. Es sind natürlich nur Sammlungen im Kreise der Berufsangehörigen gemeint.

Ein Antrag, daß die Reisekosten für abgeschobene Streitende der Hauptklasse zur Last fallen, wird dem Hauptvorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Ueber „Organisation und Unterstützungseinrichtungen“ referiert der Sekretär Siebold. Der Centralvorstand hat hierzu eine Vorlage eingebracht, nach welcher die Krankenzuschuß- und Sterbeunterstützung eingeführt werden soll. Die erstere soll wie folgt bemessen werden:

bei 52 Wochenbeiträgen bis zu 6 Wochen =	27,— Mk.
„ 104 „ „ „ 9 „ =	40,50 „
„ 156 „ „ „ 12 „ =	54,— „

Die Sterbeunterstützung soll nach mindestens dreijähriger Mitgliedschaft in Höhe von 30 Mk. gewährt werden.

Um die Durchführung dieser Unterstützungen zu ermöglichen, sollen die Beiträge aller Klassen um 10 Pf. erhöht werden.

Nach sehr eingehender Debatte wird die Vorlage des Vorstandes mit 49 gegen 23 Stimmen angenommen. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, welche von mehreren Zahlstellen gewünscht wird, wird mit 54 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Ueber beide Anträge wurde namentlich abgestimmt.

In das Statut wird weiter die Bestimmung aufgenommen, daß auf die Leistungen des Verbandes ein Rechtsanspruch nicht besteht. Auf Antrag des Vorstandes wird beschloffen, daß beim Uebergange aus einer niederen in eine höhere Beitragsklasse mindestens sechs Monate in der letzteren zu steuern sind, ehe die entsprechende erhöhte Streikunterstützung bezogen werden kann. Die Reiseunterstützung wird auf 75 Pf. pro Tag erhöht. Die Karenzzeit hierfür wird auf ein Jahr festgesetzt. Ausnahmen bei Lohnbewegungen sind zulässig. Anträge auf Ausdehnung der Maßregelungsunterstützung werden abgelehnt. Beschloffen wird ferner, die bisherigen Delegierten- und Zeitungsmarken aufzuheben und dafür den Wochenbeitrag um weitere 5 Pf. zu erhöhen. Die Anträge, welche die Einführung verschiedener Beitragsklassen in den einzelnen Filialen verlangen, werden vom Vorstande bekämpft und von der Generalversammlung abgelehnt. Die Einführung von Kontrollkarten wird den Gauen und Zahlstellen überlassen. Wiedereintretende Restanten können zur Nachzahlung von mindestens acht Wochenbeiträgen herangezogen werden. Ein Antrag Würzburg: alle in den Steinbrüchen und Werkplätzen beschäftigten Arbeiter, ob Steinmetz, Brecher, Bossierer oder Rämmer, aufzunehmen, soweit sich keine Gelegenheit bietet, sie einem anderen Verbands zu überweisen, wird angenommen. Mit diesem Antrage kommt auch ein Antrag des Verbandes der Steinsetzer usw. betr. Abschluß eines Kartellvertrages zur Annahme, durch den ein gemeinsames Arbeiten bei der Agitation und Organisation herbeigeführt werden soll. Die Mitglieder beider Berufe arbeiten zeitweise in den Bruchbetrieben zusammen. Ein Antrag, auf Agitationsreisen verunglückte Kollegen eine einmalige entsprechende Unterstützung zu gewähren, wird dem Vorstande überwiesen. Neue Mitglieder sollen für das erste Beitragsjahr statt des Buches *Internskarten* erhalten.

Zur Vertretung auf den Verbandstagen entfällt künftig auf je 300 Mitglieder ein Delegierter. Die italienischen Mitglieder des Verbandes wünschen für sich auf je 100 Mitglieder einen Delegierten. Der Vorstandsantrag wird angenommen. Ein Antrag, die Beitragszahlung auf 40 Wochen im Jahre zu beschränken, wird abgelehnt.

Der Referent über den *Arbeitsnachweis* empfiehlt Errichtung von Arbeitsnachweisen, soweit das angängig ist, durch die Gewerkschaft, im übrigen durch Anschluß an etwa bestehende kommunale pari-



entlassen worden. — Nach den neuesten Nachrichten aus Breslau soll auch dort in den Kreisen der Metallindustriellen die Absicht bestehen, auszuweichen. Nähere bestätigende Nachrichten stehen uns noch nicht zur Verfügung. — Weitere aus der Formerbewegung sich entwickelnde Differenzen bestehen noch in Köln a. Rh. und Aachen. Im übrigen hat diese Bewegung auch in weiten Kreisen selbst unter dem Unternehmertum halbwegs Verständnis gefunden und die Forderungen sind infolge des besonnenen Vorgehens der Arbeiter in vielen Betrieben allerorts bereits bewilligt worden oder es hat eine Verständigung stattgefunden.

Die Aussperrung der Textilarbeiter in Mülhausen i. Els. ist beendet. Bekanntlich handelte es sich um die Anfertigung von Streifarbeits, die von den Arbeitern eines Betriebes abgelehnt wurde, — und weiter wegen der Forderung des Zehnstundentages und einer 15 prozentigen Lohn-erhöhung in einem zweiten Betriebe, worauf 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt wurden. Die Vermittlung des Bürgermeisters wurde von den Textilproben schroff abgelehnt. Nachdem aber die sozialdemokratische Mehrheit in der Stadtverwaltung die Beschäftigung einer größeren Anzahl der Aussperrten in städtischen Arbeiten zu einem Minimallohn von 2,60 Mk. pro Tag beschlossen hatte und im übrigen die Brutalität der Unternehmer allgemeine Verurteilung fand, kam es durch die Vermittlung des Staatssekretärs v. Köller und des Oberregierungsrates v. Puttkammer zur Verhandlung, die auch zu einer Einigung führte. Zugestanden wurde seitens der Unternehmer der 10½ Stundentag mit 10 Minuten Frühstückspause, also genau 10 Stunden 20 Minuten Arbeitszeit und eine der Abkürzung der Arbeitszeit entsprechende Lohnzulage, die zum mindesten den bisherigen bei 11 stündiger Arbeitszeit erzielten Tagesverdienst garantieren soll. Aus der Aktion der Unternehmer zur Verhinderung der Arbeitszeitverkürzung in einem Betriebe ist also das Gegenteil geworden: eine Arbeitszeitverkürzung in allen Betrieben. — Dieser Kampf ist auch typisch für die Notwendigkeit der selbständigen politischen und kommunalpolitischen Aktion der Arbeiter.

Die Streikbewegung der Schneider in Bochum, Danzig, Essen und Königsberg dauert fort. In Dresden ist die Bewegung durch einen Tarifvertrag beendet.

Der Streit der Maler in Berlin hat zu einem Tarifbruch der Malermeister in — Hamburg geführt, das ist das neueste auf dem Gebiete der Vertragsbrüche der deutschen Unternehmer. Der Norddeutsche Malermeister-Bund teilte unter dem 2. April der Hamburger Filiale der Vereinigung der Maler mit, daß der zwischen den beiden Parteien abgeschlossene Tarifvertrag für Hamburg-Altona-Wandsbek ab „4. April außer Kraft gesetzt wird, bis die zu erwartenden Verhandlungen in Berlin zu einem Abschluß geführt haben.“ Eine solche „Vertragstaktik“ war allerdings bis dahin unbekannt und sie zeigt mit großer Deutlichkeit die Notwendigkeit des geschlichen Schutzes der Tarifverträge. Ein solches Gesetz müßte sich freilich mit aller Schärfe gegen das schofle Verhalten der Unternehmerorganisationen richten, bei denen Treu und Glauben längst zu veralteten oder unbekanntem Begriffen geworden sind. — Der Hamburger Vertrag der Maler ist aber auch mit der Zwangsinne abgeschlossen. Wird auch diese den Vertragsbruch wagen?

Die Streiks der Bergleute in Schlesien, im mitteldeutschen Braunkohlenrevier und im Kalibergbau dauern unverändert fort. Im Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenrevier beginnt die Erregung ebenfalls um sich zu greifen, teils infolge der elenden Löhne, die trotz der eminenten Dividenden der Gesellschaften gezahlt werden, teils infolge des schroff ablehnenden Verhaltens der letzteren gegen die Forderungen der Arbeiter; und schließlich gibt die im preussischen Abgeordnetenhaus beabsichtigte Verschlechterung der Regierungsvorlage betreffend ein neues Knappschaftsgesetz der Unzufriedenheit der Bergleute neue Nahrung.

Den Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von August Scheere in Lübeck, Holstenstr. 19, hat das Lübecker Gewerkschaftskartell verhängt. Herrn Scheere behagte es nicht, daß die Mehrzahl seiner Gesellen organisiert waren, dieselben sollten daher aus seinem Betriebe ausgemergelt werden und fand der biedere Herr in einem unorganisierten, streitsüchtigen Gesellen die passendste Hülfe. Derselbe suchte Streit mit den Organisierten, demzufolge drei der letzteren verhaftet und angeklagt wurden. Das Gericht sprach sie frei, während der Unorganisierte zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde. Die Organisierten wurden aber von Scheere entlassen. Das Gewerkschaftskartell wurde vorstellig und Scheere versprach, den schuldigen Gesellen innerhalb vier Wochen zu entlassen, und zwar auf Ehrenwort! Statt nach abgelaufener Frist das gegebene Versprechen einzuhalten, wurden weitere zwei Verhandlungsgesellen gemafregelt. Da Scheere ein ausgedehntes Versandgeschäft hat und mehrere Arbeiterkonsumvereine von demselben ihre Ware beziehen, erfuhen wir überall Wurst und Fleischwaren aus der Thüringer Wurstfabrik von August Scheere, Lübeck, Holstenstr. 19, streng zurück zu weisen.

**Streiks im Auslande.** In Sofia streiken seit dem 7. März die Schuhmacher.

Die Wäschegeschneider in Prag stehen in einem Großbetriebe (Joh u. Löwenstein) seit einigen Tagen im Streik. Da in beiden Fällen der Versuch gemacht wird, Streikbrecher im Auslande anzuwerben, wird vor Annahme von Arbeit nach diesen beiden Orten den betreffenden Arbeitern gewarnt.

## Arbeiterversicherung.

**Unfälle auf dem Wege zur Betriebsstätte oder von der Betriebsstätte nach Hause** werden als Betriebsunfälle nicht anerkannt. Diesen Grundsatz hat das Reichsversicherungsamt ständig aufrecht erhalten. In zwei Fällen, die auf der Grenze dieser Rechtsauffassung besonders interessant sind, hat das Reichsversicherungsamt folgende Entscheidung getroffen:

In der Streitsache des Balzmeisters Klein gegen die Rheinisch-Westfälische Gütten- und Balzwerks-Berufsgenossenschaft (Altenzeichen Ia 9942/05) handelte es sich um einen Ueberfall in der Nähe der Betriebsstätte, der von einem Arbeiter des Betriebes auf seinen Vorgesetzten verübt wurde.

Unfälle, die sich auf dem Wege von der Wohnung nach der Betriebsstätte ereignen, sind zwar in der Regel dem Betriebe nicht zuzurechnen. Die Verhältnisse sind aber hier ganz eigenartige. Der Kläger ist von dem Fabrikarbeiter B. am 17. Dezember 1904, kurz vor 6 Uhr, zu welcher Zeit beide ihre Arbeit auf

tätische Arbeitsnachweise. Es handele sich vor allem darum, mit dem Unwesen des Umschauens aufzuräumen. Der diesbezüglichen Resolution des Referenten wird zugestimmt.

Ueber den Gewerkschaftskongress berichtet der Verbandsvorsitzende. Derselbe stellt sich im allgemeinen auf den Boden der Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses. Einen allzu großen Unterschied zwischen den in Köln und Jena gefassten Beschlüssen betr. des Massenstreiks könne Redner nicht entdecken, jedenfalls nicht einen so großen Unterschied, daß daraus die Angriffe mancher Parteiblätter auf die Gewerkschaften und deren Führer zu rechtfertigen wären. Im übrigen sei es Pflicht der Gewerkschaften, die Frage des Massenstreiks sehr genau im Auge zu behalten, da diese es schließlich sein würden, welche denselben zu organisieren haben. (?) Denn die Gewerkschaften haben das größte Interesse daran, daß dem arbeitenden Volke die politischen Rechte erhalten bleiben. Eine Diskussion wird nicht beliebt.

Ein Antrag des Centralvorstandes, der die Mitglieder verpflichtet, allwöchentlich ihre Statistik auszufüllen und die Zahlstellen anweist, die Jahresstatistik alljährlich an den Centralvorstand einzusenden, widrigenfalls sie bei eventuellen Streiks keinen Anspruch auf Unterstützung haben, wird angenommen. Es wird dem Vorstande außerdem aufgegeben, die Statistik zu verbessern.

Die Vorstandswahl ergibt die Wiederwahl aller bisherigen Funktionäre. Ueber die Gehaltsfrage entspinnt sich eine längere Debatte. Ein Berliner Vertreter beantragt an Höchstgehalt für den Vorsitzenden 2400 Mk., für die übrigen Beamten 2200 Mk. Zugleich stellt die Zahlstelle Berlin den Antrag, daß die Angestellten die Beiträge zur Unterstützungsvereinigung selber zu tragen haben. Gegen diese Anträge sprechen der Vertreter der Generalkommission, desgl. der anwesende Abg. Lipinski, sowie auch mehrere Delegierten. Beschlossen wird, das Höchstgehalt auf 2400 Mk., steigend jährlich um 100 Mk., festzusetzen. Der Berliner Antrag betr. der Beiträge für die Gewerkschaftsbeamten wird abgelehnt.

Zur Annahme gelangt ferner folgende Resolution betreffend die Durchführung der Steinarbeiter-schutz-Verordnung:

Die 2. Generalversammlung des Deutschen Steinarbeiterverbandes, abgehalten zu Nürnberg im April 1906, nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die zum Schutze der Steinarbeiter erlassene Bundesratsverordnung von den Steinindustriellen in der schamlosesten Weise umgangen wird. Aus den Gewerbeinspektionsberichten der verschiedensten deutschen Bundesstaaten geht hervor, daß die Unternehmer unseres Berufs sich noch immer mit aller Macht gegen die Durchführung genannter Verordnung wehren. Begünstigt werden sie hierdurch, indem weder die Gewerbeinspektionen noch die zuständigen Polizeiverwaltungen eine genügend scharfe Kontrolle der Steinmehwerkstätten und Steinbruchbetriebe vornehmen und somit dem Treiben der Unternehmer zu Ungehelichkeiten noch Vorstoß geleistet wird.

Die Generalversammlung protestiert weiter gegen die brutale Handlungsweise einzelner Unternehmer, welche sich nicht scheuten, Arbeiter zu entlassen, die für die Durchführung der Bundesratsverordnung eintraten. Die Verbandsmitglieder sind deshalb allerorts verpflichtet, den Filialverwaltungen und Gauleitungen die jeweiligen Verstöße gegen die Bundesratsverordnung unverzüglich mitzutellen, damit diese die zuständigen Gewerbeinspektionen und Polizeibehörden hiervon in Kenntnis setzen können.

Alle Bestrebungen der Unternehmer in der Steinindustrie, welche darauf abzielen, die minimalen Arbeiterschutzbestimmungen, die die Bundesratsverordnung enthält, zu beseitigen, weist die Generalversammlung entschieden zurück.

Um in Zukunft den Kampf für eine schärfere Innehaltung der einzelnen Bestimmungen genannter Verordnung führen zu können, sind in der Fachpresse die größten Verstöße gegen dieselbe zu publizieren, um so durch eine öffentliche Kritik das zu erreichen, was bisher den Behörden durch ungenügende Kontrolle nur in bescheidenem Maße gelang.

Zum Schluß spricht die Generalversammlung wiederholt den dringenden Wunsch aus, die Bundesratsverordnung, welche in ihren Grundbestimmungen bloß für die Arbeiter der Sandsteinindustrie Gültigkeit hat, für die Beschäftigten der gesamten Steinindustrie auszuweihen.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird der Verbandsvorstand beauftragt, die hierzu nötigen Schritte beim Bundesrat zu unternehmen.

In Zukunft soll auch der Redakteur zu den Gewerkschafts- und Bauarbeiterschuttkongressen delegiert werden. Es werden sodann verschiedene Entwürfe auf Erlaß von Reisen usw. erledigt. Damit sind die Verhandlungen der Generalversammlung beendet und wird dieselbe wie üblich geschlossen.

## Lohnbewegungen und Streiks.

### Streiks und Aussperrungen.

Die Kämpfe in der Metallindustrie scheinen sich immer mehr zuzuspitzen. In der Kreis-hauptmännerschaft Dresden ist die Aussperrung ziemlich allgemein erfolgt, wenigstens soweit das organisierte Scharfmachertum sie durchzusetzen vermochte. Es wird nunmehr von dieser Seite versucht, die Öffentlichkeit durch allerhand Schwindelnachrichten über den wahren Grund der brutalen Vergeßlichkeit der Arbeiter zu täuschen, der in Wirklichkeit darin besteht, daß bei einer Firma in Meissen 80 Monteure wegen Maßregelung von Kollegen in den Streik traten. Andererseits aber werden selbst die den Unorganisierten gegebenen Versprechungen auf Unterstützung während der Aussperrung nicht mehr eingelöst, indem ihnen die Zumutung des Streikbruchs gemacht und wenn diese Zumutung fruchtlos, die Unterstützung entzogen wird. Erfreulich ist, daß selbst die Unorganisierten den Streikbruch mannhaft zurückgewiesen haben. Der Metallarbeiterverband hält sie daher für den Vorbruch der Unternehmer schadlos. Dagegen haben die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner, die zunächst erklärten, den Kampf mit aufzunehmen, auf Anweisung ihres Berliner Führers, des Herrn Klavon, sich zu Verräterdiensten herabgewürdigt. Eine ganze Anzahl der betreffenden Mitglieder soll indessen das Unwürdige der generalrätlichen Taktik eingesehen haben und demgemäß im Sinne der kämpfenden Arbeiter gehandelt. Ihnen ist dabei allerdings des Weibens bei den Hirsch-Dunderschen unmöglich und werden sie mit vollen Rechten vom Metallarbeiterverband übernommen. — Die Aussperrung in Hannover dauert fort bezw. nimmt ihren Fortgang, je weiter die erfolgte Kündigung abläuft. — In Braunschweig haben die Metallindustriellen am Sonnabend, den 7. April, beschloffen, 6000 Arbeiter auf die Straße zu werfen, und zwar am 11. April, falls die in einzelnen Betrieben erfolgten Arbeitseinstellungen der Former nicht bis dahin behoben werden, d. h. die betreffenden Arbeiter sich rückhaltlos der Knute überliefern wollen. — In Berlin haben die Schlossermeister die Aussperrung beschloffen und am 6. April ins Werk gesetzt. Freilich haben die Innungs-scharfmacher hier falsch kalkuliert, indem die Meister ihnen nicht in gewünschtem Maße Folge geleistet haben. Von 15 000 beschäftigten Arbeitern sind bis dahin nur einige wenige Hundert



dem Strafenberger Walzwerk zu beginnen hatten, auf dem Wege zur Betriebsstätte in ihrer Nähe überfallen und durch Messerstiche schwer verletzt worden. Wie sich aus den Akten ergibt, war K. in der letzten Zeit vor diesem Vorgang wegen unordentlichen Arbeitens vom Kläger wiederholt zur Rede gestellt und dadurch in eine gewisse Erbitterung versetzt worden; es ist daher wahrscheinlich, daß K. aus Rache gehandelt hat. Hierbei hat er sich, um dem Kläger auch bestimmt zu begegnen, einen in der Nähe des Walzwerks gelegenen Ort ausgewählt, den der Kläger, um seine Arbeit auf der Betriebsstätte rechtzeitig beginnen zu können, notwendigerweise um die genannte Zeit zu passieren gezwungen war. Der Ueberfall steht unter diesen Umständen nicht nur ursächlich, sondern auch örtlich und zeitlich mit dem Betriebe im Zusammenhang. Das Reichs-Versicherungsamt hat deshalb kein Bedenken getragen, einen Betriebsunfall anzuerkennen. Körperverletzungen, die Arbeiter ihren Vorgesetzten auf der Betriebsstätte aus Gründen zufügen, die in den Betriebsverhältnissen ihre Ursache haben, sind in der Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamtes schon öfter als Betriebsunfälle angesehen (vergleiche Handbuch der Unfallversicherung Seite 42, Anmerkung 42 zu § 1 des Unfallversicherungsgesetzes), und wenn die Körperverletzung hier auch nicht auf der Betriebsstätte selbst erfolgte, so ist sie doch gewissermaßen noch im Bann des Betriebes gesehen. Denn durch die Betriebsverhältnisse, den Beginn der Arbeitszeit und die Nähe der Arbeitsstätte, wurde eine günstige Gelegenheit zu dem Ueberfall und somit ein Gefahrenkreis um dem Betrieb geschaffen; dieser Gefahrenkreis, der von dem Betriebe als Mittelpunkt ausgeht, gehörte zum „Banne“ des Betriebes.

In der zweiten Streitsache handelte es sich um den Anspruch der Arbeiterin V. gegen die Sächsisch-Thüringische Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft (Aktenzeichen Ia 6832/05).

Der Unfall, welchem die Klägerin erlegen ist, hat sich, wie unbestritten feststeht, ereignet, als sie sich in der Mittagspause nach Beendigung der Arbeit auf dem Wege nach ihrer Wohnung befand, wo sie das Mittagbrot einnehmen wollte. Sie hatte den Fabrikhof soeben verlassen und war auf der Straße an dem Fabriktor stehen geblieben, um auf die aus der Fabrik nachkommende Schwester zu warten. In diesem Augenblick fuhr ein Kollwagen aus dem Fabrikhof, ein Torflügel schlug infolge des Sturmes gegen den Wagen und ein Torpfeiler stürzte nach der Straßenseite zu um und zerschmetterte der Klägerin den rechten Fuß.

Allerdings sind die Wege der Arbeiter von der Arbeitsstätte zu ihrer Wohnung nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes in der Regel nicht als Betriebsvorgänge anzusehen, weil die Arbeiter auf solchen Wegen nicht mehr „bei dem Betriebe“, sondern bei einer eigenwirtschaftlichen Verrichtung beschäftigt sind, für welche der Schutz der Unfallversicherung im allgemeinen nicht gegeben ist. Des Schutzes bedürfen aber die Arbeiter auf solchen Wegen insoweit, als diese sie mit dem Betriebe und seinen Einrichtungen und den dadurch gegebenen Gefahren in Verührung bringen. Deshalb sind jene Wege noch insoweit der versicherten Betriebsstätigkeit zugerechnet worden, als sie innerhalb der räumlichen Grenzen der Betriebsstätte zurückgelegt werden. Der örtliche Gefahrenbereich des Betriebes erstreckt sich aber zuweilen auch über diese Grenzen hinaus, und es würde in solchen Fällen eine Unbilligkeit für den Verletzten bedeuten, wenn lediglich der zufällige Umstand, daß der Verletzte die räumlichen Grenzen bereits überschritten

hatte, ihm den Schutz der Versicherung entziehen sollte. Ganz besonders unbillig würde dies in einem Falle wie dem vorliegenden erscheinen. Die Klägerin ist von dem Unfall betroffen worden, als sie noch am Fabriktor stand, durch das sich der Verkehr der Arbeiter und der Fabrikgüter abspielte. Sie befand sich unzweifelhaft noch im Bann des Betriebes und einer Gefahren, wie sie ja auch einer solchen Gefahr erlegen ist.

**Rentenkürzung um 5 Proz.** soll in der Regel nicht stattfinden. Dieser Grundsatz ist vom Reichsversicherungsamt in letzter Zeit nicht immer strikte innegehalten worden. In einer vor kurzem gefällten Entscheidung betreffend die Unfallsache des Bergmanns E. wider die Knappschäftsberufsgenossenschaft (Aktenzeichen Ia 8268/05) hat das Reichsversicherungsamt sich erneut über die Frage in folgender Weise geäußert:

Das Reichsversicherungsamt hat in der Rekursentscheidung 1582 (Amtliche Nachrichten des R. V. A. 1897 S. 267) den Grundsatz aufgestellt, daß in einer Besserung nur 5 Proz. der völligen Erwerbsfähigkeit eine zur Anwendung des § 88 Absatz 1 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes berechnende „wesentliche“ Veränderung in der Regel nicht zu erblicken ist. Dieser Standpunkt ist auch in neuester Zeit (vergleiche die Rekursentscheidung vom 2. Juni 1905 in Sachen des Werkmeisters Jakob Busch wider die Glasberufsgenossenschaft Nr. L. 12 665/04 8) aufrecht erhalten worden. Soll daher ausnahmsweise von diesem Grundsatz abgewichen werden, so müssen ausreichende Gründe hierfür vorliegen. Das ist hier jedoch nicht der Fall, da Phhysikus Dr. Vetterlein in seinem Gutachten vom 20. Dezember 1904 sich dahin ausspricht, daß „wenn auch nicht viel, so doch eine Besserung festgestellt“ sei. Er sieht also offenbar selbst die Besserung nicht als eine „wesentliche“ an. Hiernach war die Berufsgenossenschaft mangels der Voraussetzung des § 88 a. a. O. nicht berechtigt, die Rente herabzusetzen. Dem Rekurse mußte somit stattgegeben werden.

## Mitteilungen.

### An die Gewerkschaften und Gewerkschaftskartelle.

Anlässlich des am 15. Juli d. J. stattfindenden 300jährigen Rembrandt-Jubiläum veranstaltet das in Amsterdam eingesezte, von 200 Comités in den Niederlanden unterstützte Centralcomité für die Rembrandt-Feier eine wertvolle Ausgabe von ausgewählten Werken des großen niederländischen Meisters der Malerei. Es gibt eine Mappe heraus, die sechs künstlerisch ausgeführte Reproduktionen in Farbendruck von Rembrandt-Gemälden enthält. Das Comité ist geleitet von dem Bestreben, die Meisterwerke Rembrandts in möglichst guten Verbielfältigungen zum Gemeingut weiter Volkstriebe zu machen und besonders der Arbeiterklasse Gelegenheit zu bieten, sich einen ebenso künstlerischen, wie wohlfeilen Wandschmuck zu erwerben. Diese Kunstblätter, in Größe von 18×25 Centimeter auf schwarzem Carton (27×35 Centimeter), sind zu einer Mappe vereinigt und werden den Arbeiterorganisationen zum Selbstkostenpreise von etwa 1.90 bis 2 Mk. pro Mappe zugänglich gemacht. Eine Denkschrift aus der Feder W. C. van N e u r s, die das Leben und Schaffen Rembrandts schildert, ist der Mappe beigegeben. Die deutsche Uebersetzung

der Denkschrift hat Frau Rubens-Hamburg übernommen.

Der Parteienbezug dieser Rembrandt-Ausgabe kann den deutschen Gewerkschaften durchaus empfohlen werden. Die Subskription übernehmen am zweckmäßigsten die Gewerkschaftskartelle, denen das Centralcomité auf Wunsch Probemappen zur Aufnahme von Bestellungen in bereitwilligster Weise übersendet. Die Gewerkschaftskartelle, die sich für den Vertrieb dieser Jubiläums-Ausgabe verwenden wollen, werden ersucht, sich bis zum 15. Juni an

W. Gerhardt, Amsterdamer,  
s' Gravenandplein 25,

zu wenden, von wo aus auch die Regulierung der ergangenen Bestellungen erfolgt.

### Parteigenossen, Arbeiter!

Der vor zwei Jahren abgehaltene französische Gewerkschaftskongress in Bourges hat beschlossen, daß die Arbeiter am 1. Mai 1906 zur Erringung des achtstündigen Arbeitstages zur sogenannten „direkten Aktion“ übergehen überall, wo die Arbeitgeber ihn nicht freiwillig bewilligen. Es soll die Arbeiterschaft nach achtstündiger Arbeitszeit die Werkstatt einfach verlassen, jede Ueberzeit strikte ablehnen. Es ist jetzt nicht an der Zeit und es ist nicht unsere Sache, über die Zweckmäßigkeit dieser Taktik zu diskutieren. Der Beschluß ist gefaßt und es besteht kein Zweifel, daß die Folge seiner Durchführung Arbeitsniederlegungen, Streiks und Aussperrungen sein werden. Kein Parteigenosse, kein organisierter Arbeiter, kein Arbeiter von anständiger Gesinnung wird den kämpfenden Proletariern in den Rücken fallen, etwa durch die in Arbeitgeberkreisen so beliebte „Arbeitswilligkeit“, sondern die Kämpfer materiell und ideell unterstützen.

„Wir fordern Euch auf, von jetzt ab und während der ganzen Kampfperiode in Frankreich weder Arbeit zu suchen, noch anzunehmen.“

Hoch die internationale Solidarität der Arbeiterschaft!

Deutscher sozialdemokratischer Leseklub,  
Paris, 9, Rue de Valois.

### Unterstützungs-Vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

Berlin: Harber, Wilhelm, Angestellter des Buchbinderverbandes.

Bucht, Leonhard, Parteispediteur.

### Literarisches.

#### Publikationen der Gewerkschaften.

Zweiter Internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1904. Herausgegeben in deutscher, englischer und französischer Sprache von dem Internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentrale. 168 Seiten nebst Tabellen. Berlin 1906. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (C. Legien). Preis 1,50 Mk., für Gewerkschaftsmitgl. durch die Organisation bezogen 0,70 Mk.

Buchbinder, Zahlstelle Berlin. Jahresbericht der Ortsverwaltung für 1905.

Buchdrucker Elsass-Lothringens. Rechenschaftsbericht f. d. Jahr 1905. Straßburg i. E. 1906.

Gärtner. Ausgelernt! Ein Wegweiser für junge Gärtnergehülfen. Herausgegeben vom Hauptvorstand des Allg. deutschen Gärtner-Bereins, Berlin 1906, Referat. 3, N. 37.

Handschuhmacher. Die Heimarbeit in der Handschuhindustrie. Denkschrift für die Heimarbeit-Ausstellung 1906.

Maurer. Die Maurerbewegung im rheinisch-westfäl. Industriegebiet. Mit Anhang: Jahresbericht des Gauvorstandes. Verlag von Fr. Kahl. Dortmund 1905.

Maschinisten und Seizer. Zahlstelle Hamburg. Bericht für das Jahr 1905. Verlag von B. Schredinger. Hamburg 1906.

Porzellanarbeiter. Heimarbeit in der Porzellanindustrie. Sonderabdruck aus d. „Ameise“. Denkschrift für die Heimarbeit-Ausstellung 1906.

Sattler. Rechenschaftsbericht des Vorstandes für 1903-1905. Verlag von P. Blum, Berlin 1906.

— Die Heimarbeit im Sattlergewerbe. Denkschrift für die Heimarbeit-Ausstellung 1906.

Schmiede. Heimarbeit im Schmiedegewerbe. Denkschrift für die Heimarbeit-Ausstellung 1906.

Schneider. Die Heimarbeit in der Schneiderei und Konfektion. Denkschrift für die Heimarbeit-Ausstellung 1906.

Steinarbeiter. Jahresbericht des Centralvorstandes 1905. Verlag des Centralverbandes. Leipzig 1906.

Tabakarbeiter. Zum Dresdener Konflikt. Denkschrift, herausgegeben vom Ausschuss und Vorstand des Verbandes. 1906.

Textilarbeiter. Geschäftsbericht des Centralvorstandes für die Jahre 1904 und 1905. Im Selbstverlag des Verbandes. Berlin 1906.

Vergolder. Berichterstattung an die Generalversammlung seitens des Verbandsvorstandes, Ausschusses und der Filialen und Zahlstellen. Berlin 1906.

Wäschearbeiter. Die Heimarbeit in der Wäscheindustrie. Denkschrift für die Heimarbeit-Ausstellung 1906.

Österreich. Rechenschaftsbericht des Landesverbandes der Arbeitervereine Steiermark u. der Landesgewerkschaftskommission für 1904 und 1905. Erstattet von Alois Aufobsky. Selbstverlag des Landesverbandes. Graz 1905.

Schweiz. Jahresbericht des Steinarbeiterverbandes pro 1904 und 1905 (in deutscher u. ital. Sprache). Zürich 1906.

— Jahresbericht des Centralcomités des Textilarbeiterverbandes 1905. Zürich.

St. Gallen. Jahresbericht der Arbeiter-Union (Unionsvorstand, Arbeitersekretariat und Sozialdemokratische Partei) für 1905. St. Gallen 1906.

### Publikationen der Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate.

Barmen. Tätigkeitsbericht der Gewerkschaftskommission für 1905 und 1. Bericht des Arbeitersekretariats vom 5. April bis 31. Dez. 1905. Verlag: Paul Saupe, Barmen.

Dresden. Die Dresdner Gewerkschaften im Jahre 1905. Jahresbericht des Gewerkschaftskartells und des Arbeitersekretariats. Dresden 1906.

Frankfurt a. M. 7. Jahresbericht des Arbeitersekretariats für 1905 nebst Jahresbericht des Gewerkschaftssekretärs und einer Abhandlung: „Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine“. Frankfurt a. M. 1906.

Hannau. Jahresbericht des Arbeitersekretariats für das 2. Geschäftsjahr 1905, nebst Jahresbericht des Gewerkschaftskartells. Selbstverlag des Gewerkschaftskartells. 1906.

Jena. Jahresbericht des Gewerkschaftskartells für 1905. Verlag der Vereinigten Gewerkschaften. Jena 1906.

Kiel. 5. Jahresbericht des Arbeitersekretariats über das Geschäftsjahr 1905. Selbstverlag des Sekretariats. Kiel 1906.

Köln. Fünfter Jahresbericht des Arbeitersekretariats, Geschäftsjahr 1905. Fünfter Jahresbericht der Kartellkommission der Gewerkschaften 1905. Preis 20 Pf. Köln 1906.



**Gewerkschaftshaus** (G. m. b. H.) **Berlin**. Geschäftsbericht f. d. Jahr 1905. 6. Betriebsjahr.

**Publikationen sonstiger Organisationen.**

**Bund der technisch-industriellen Beamten:** Die Aussichten des technischen Berufes. Eine Warnung vor dem technischen Studium. Berlin 1906. Verlag von Karl Zölich.

— Technische Angestellte und ihre Erfindungen. Von Karl H. West. Berlin 1905.

**Christlich-Sozialer Metallarbeiter-Verband.** Heimarbeit-Ausstellung. Berlin 1906.

**Gewerkverein der Stuhl- (Textil-) Arbeiter.** Heimarbeit-Ausstellung. Berlin 1906. Thüringer Heimarbeit für Textilwaren.

**Verband christlicher Schuh- und Lederarbeiter.** Die Heimarbeit-Ausstellung in Berlin.

**Verein für Handlungskommis von 1858.** 45. Jahresbericht.

**Centralverband christlicher Textilarbeiter.** Zur Lage der Heimarbeit in der nieder-rheinischen Textilindustrie.

**Publikationen von Krankenkassen.**

**Berlin.** Ortskrankenkasse der Maler. Geschäftsbericht für das Jahr 1905.

— Ortskrankenkasse der Vergolder und Berufsgenossen. Jahresbericht für 1905.

**Amtliche Publikationen.**

**Bayern.** Jahresberichte der kgl. Bayr. Fabrik- und Gewerbeinspektoren und Bergbehörden. Mit Anhang, betr. Erhebungen über die wirtsch. Lage der gewerbl. Arbeiter Bayerns. 2. Teil. Lohnverhältnisse, Wohnungs- und Ernährungsweisen. 393 und 202 Seiten. München 1906. Verlag von Theodor Ufermann.

**Niederlande.** Zeitschrift des Centralbureaus für die Statistik. 15. Lieferung. s'Gravenhage 1906.

**Sozialpolitische Literatur.**

**Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik.** (Neue Folge des Archivs für Soziale Gesetzgebung und Statistik.) Herausgegeben von Sombart, Weber und Jaffé. XXII. Band, 2. Heft. Enthält u. a. Arbeiten von A. Kaufmann: Das russische Ueberfiedelungs- und Kolonisationsgesetz; R. Michels: Proletariat und

Bourgeoisie in der sozialen Bewegung Italiens; Hofmann: Kommunale Sozialpolitik in der Schweiz; Dr. Fleisch: Das Wohnen und das Recht; Vogelstein: Neuere Literatur über das amerikanische Trustwesen; Diehls: Subjektivismus und Objektivismus in der Wortlehre von M. Tugan-Baranowsky usw. Verlag von F. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Tübingen 1906.

**Bernstein, Paul.** Wie sollen wir uns kleiden? Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, Heft 9. Preis 20 Pf. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin 1906.

**Heimarbeit und Hausindustrie in Deutschland, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse.** Herausgegeben im Zusammenhange mit der Deutschen Heimarbeit-Ausstellung 1906 in Berlin vom Bureau für Sozialpolitik. Verlag von Puttkamer u. Mühlbrecht. Berlin 1906. 232 Seiten.

**Hillgers illustrierte Volksbücher.** Sammlung gemeinverständlicher Abhandlungen aus allen Wissensgebieten. Herausgegeben von der Vereinigung „Die Wissenschaft für Alle“. Enthält u. a.: „Volksbildung“ von Dr. P. Bergmann; „Der deutsche Staatsbürger und sein Recht“, von P. Posener; „Deutsche Literaturgeschichte“, von H. Janßen; „Kleine Gesundheitslehre“, von F. Marcuse usw. Preis jedes Bändchens 30 Pf., geb. 50 Pf. Verlag Hermann Hillger, Berlin und Leipzig.

**Stern, Der Zukunftsstaat.** Thesen über den Sozialismus, sein Wesen und seine Zweckmäßigkeit. Preis 30 Pf. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin 1906.

**Zwiatlowski, Die Frage der Arbeiter-Organisationen im Auslande. I. Die beruflichen Arbeitervereinigungen.** (In russischer Sprache.) Zweite erweiterte und verbesserte Auflage. St. Petersburg. 1906. S. N. Kufchnerow u. Co.

**Sonstige Publikationen.**

**Rembrandt-Album 1606—1906.** Herausgegeben anlässlich des Rembrandt-Jubiläums vom Centralcomité für die Rembrandt-Feier. Das Album enthält 6 ausgezeichnete Reproduktionen von Gemälden des Meisters in Farbendruck auf schwarzem Karton, nebst einer Denkschrift über Rembrandts Leben und Schaffen, abgesetzt durch Frau Ruben-Hamburg. Preis der Mappe mit Denkschrift etwa 2,00 Mk. Verlag von J. W. Gerhard, Amsterdam.

Soeben erschien im Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands:

## Zweiter internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1904.

Herausgegeben von dem internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landescentralen.

Der Bericht weist folgenden Inhalt auf: **Allgemeiner Bericht.** — Bericht über die vierte internationale Konferenz. — **England:** Gesetzgebung. — **Dänemark:** Gewerkschaftsbewegung und Arbeitslosigkeit. — Streiks und Aussperrungen. — Gesetzgebung. — **Schweden:** Gewerkschaftsbewegung und Streiks. — Gesetzgebung. — **Norwegen:** Gewerkschaftsbewegung. — Gesetzgebung. — **Deutschland:** Gewerkschaftsbewegung. — Gewerkschaftskartelle. — Arbeitersekretariate. — Streiks und Aussperrungen. — Lohnbewegungen. — Sonstige gewerkschaftliche Organisationen. — Gesetzgebung. — **Oesterreich:** Gewerkschaftsbewegung. — Gewerkschaftliche Landescentralen. — Gesetzgebung. — **Ungarn:** Gewerkschaftsbewegung. — **Serbien:** Gewerkschaftsbewegung. — Arbeitszeit und Lohnhöhe. — Gesetzgebung. — **Bulgarien:** Gewerkschaftsbewegung. — Streiks. — Tendenzen der Gewerkschaftsbewegung. — Gesetzgebung. — **Gewerkschaftskongresse.** — **Schweiz:** Gewerkschaftsbewegung. — Gesetzgebung. — **Italien:** Gewerkschaftsbewegung. — Arbeitskammern. — Gesetzgebung. — **Spanien:** Gewerkschaftsbewegung. — **Die Arbeitsvermittlung** in Schweden, Norwegen, Deutschland, Ungarn, Bulgarien. — **Anhang:** Adressen der gewerkschaftlichen Landescentralen. — Adressen der Gewerkschaftsorganisationen in England, Niederland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und der Schweiz. — Uebersichtstabellen über die Mitgliederzahl, die Beitragshöhe, die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Gewerkschaften in Niederland, Ungarn und der Schweiz.

Die Schrift gelangt vom 20. d. M. ab zur Versendung. — Der Preis beträgt im Buchhandel Mk. 1,50 pro Exemplar. Gewerkschaftsmitglieder erhalten dieselbe zum Preise von 70 Pf. pro Exemplar.

Zu denselben Bedingungen kann auch noch der Erste internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1903 bezogen werden.

Bestellungen sind zu richten an **Hermann Kube, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15 III.**

**Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.**